Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 206. Donnerstag, den 3. September 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Erwachen Asiens.

Seit Wochen wird die Welt in Spannung gehalten durch die Vorgänge in Asien. Noch ist das Schicksal der persischen Revolution nicht entschieden, in der Türkei komplizieren sich die Vorgänge, und so glatt wie optimistische Bewunderer der Jungtürken der Welt glauben machen wollen, wird die Umwälzung sich wohl kaum vollziehen. Denn es ist nicht anzunehmen, daß die Gewalthaber, die bisher den türkischen Bauer aussaugen konnten, widerstandslos sich das Heft aus den Händen reißen lassen werden. Es werden sich also sicher in der nächsten Zeit schwere Kämpfe in Persien wie in der Türkei abspielen, deren Ergebnisse sich kaum vorher übersehen lassen. Eines indessen ist sicher: mit der stumpfen Trägheit der moslemitischen Welt in Vorderasien ist es vorbei. Selbst wenn für einige Zeit der Schah von Persien die Oberhand behält, wenn es ihm gelingt, mit Hilfe der gedungenen russischen Kosaken das revolutionäre Volk zu Boden zu werfen, selbst wenn in der Türkei mit Hilfe der deutschen „Armeeinstruktoren", der russischen Geheimagenten und der englischen Emissäre der Sultan eine Konterrevolution anzettelt und sich eine Zeitlang behauptet, so ist es doch sicher, daß die aus dem Schlafe gerüttelten Völker sich nicht länger wie eine Viehherde behandeln lassen werden.

Aber nicht in Vorderasien allein spielen sich Dinge von welthistorischer Bedeutung ab. In Indien gärt es und England hat alle Hände voll zu tun, um sein indisches Reich in der Gewalt zu behalten. Es kreuzen sich da verschiedene Erscheinungen. Auf der einen Seite handelt es sich um die Bewegung unter den Indern, die nicht weniger als die Selbstverwaltung für sich beanspruchen. Als in Stuttgart auf dem internationalen Sozialistenkongreß eine seltsam aufgeputzte Dame als Vertreterin Indiens auftrat und ein Fähnchen schwang, das sie als das Banner der indischen Kämpfer für Selbstverwaltung bezeichnete, da rissen die bürgerlichen Schmocks schlechte Witze über den internationalen Kongreß, der sich für die indische Nationalflagge begeistert. Nun ist es ja richtig, daß die Träger der politischen Bewegung in Indien vorläufig sich auf den relativ kleinen Kreis der gebildeten Inder beschränken, von denen noch dazu ein beträchtlicher Teil in England sich aufhält. Diese Männer und Frauen, denen es gelungen ist, sich geistig emporzuschwingen, müssen um so brennender die Schmach empfinden, die die englische Verwaltung einem uralten Kulturvolke zufügt, indem sie es als eine Herde behandelt, deren leibliches Wohl allenfalls zu fördern ist, die aber im übrigen ohne Murren alles zu ertragen hat, was stupide englische Beamte anzuordnen die Gewogenheit haben. Gegen diese „Intellektuellen", die sich gegen das System auflehnen, hat denn auch die englische Verwaltung mit den üblichen Mitteln eingegriffen: eine Anzahl indischer Zeitungen wurde unterdrückt, eine Anzahl Schriftsteller wurden in den Kerker geworfen. Die Zahl solcher Preßprozesse und Verfolgungen war im Winter und Frühling dieses Jahres besonders groß. Jetzt stellen sich die Folgen ein: anarchistische Attentate. Fanatiker stellen dem Gouverneur von Bengalen nach dem Leben; in der Nähe von Kalkutta wird eine Bombe gegen einen von Europäern besetzten Eisenbahnwagen geworfen; es wird ein ganzes Bombenlager entdeckt und 32 Verschwörer werden verhaftet. Die Entwicklung ist durchaus logisch: anarchistische Attentate sind stets und überall die Folge von Unterdrückungsversuchen gegen eine Bewegung, deren Träger die Intellektuellen sind und die eben deshalb den Charakter einer „Verschwörung" hat. Von den italienischen Freiheitskämpfern bis auf die russischen Sozialisten der achtziger Jahre hat sich dieser Erfahrungssatz stets bewährt und er wird jetzt in Indien bestätigt. Die Frage ist: hat diese Bewegung Aussichten, in den Volksmassen Wurzel zu fassen, oder ist sie verfrüht? Die Antwort auf diese Frage könnte man nur geben, wenn man über alle Vorgänge, auch die geringfügigen Tageserscheinungen, die die „Stimmung" beleuchten, informiert wäre. Das ist indessen von Europa aus sehr erschwert, ja nahezu unmöglich, da die „liberale" englische Regierung in Indien in bezug auf Presse und Telegraphie eine strenge Zensur handhabt, die der russischen kaum nachsteht. Indessen sickert doch manches durch. So erfährt man z. B. von einer hartnäckigen Boykottierung englischer Waren durch die indischen Krämer. Derartige Boykotte sind wirtschaftlich selten von Bedeutung, aber sie sind stets ein Symptom für die Stimmung der Volksmassen, denn solange die Käufer, das große Publikum, nicht mitmachen, wird es keinem Krämer einfallen, derartiges zu riskieren. Es scheint also in der Tat, daß der Haß der indischen Bevölkerung gegen England recht fühlbar zum Ausdruck kommt. Ist dem aber so, dann wird die von den Intellektuellen eingeleitete Aktion wahrscheinlich ihre Früchte tragen. Nun ist freilich damit nicht gesagt, daß in allernächster Zeit eine allgemeine revolutionäre Erhebung der Inder in Aussicht steht. Die gewaltige Masse dieser Bevölkerung zerfällt in verschiedene Rassen, Nationen, Religionsgemeinschaften, und die Gegensätze, die hier bestehen, lassen eine einheitliche Bewegung kaum zu. Das Teile und Herrsche, das auch von der englischen Regierung stets angewandt wird, kann noch für lange Zeit wirken. Indessen kann schon eine Volksbewegung, die auch nur einen relativ kleinen Teil des gewaltigen Reiches umfaßt, der englischen Herrschaft überaus gefährlich werden, wie die Geschichte des Aufstandes von 1856 bis 1862 beweist.

Bezieht sich diese „Homerule-Bewegung" auf die eigentlichen Inder und hat ihre Zentren hauptsächlich in Bengalen, Bombay und Madras (den wichtigsten Küstenprovinzen), so macht sich in den nordöstlichen Grenzgebieten eine andere Bewegung bemerkbar. Die hier ansässigen Stämme sind mohammedanisch und standen seit jeher unter dem Einfluß moslemitischer Kultur. Dabei sind es recht unruhige Gebirgsbewohner, über welche die Engländer niemals eine straffe Herrschaft erreichen konnten. Die persische Revolution hat zweifellos ihren Eindruck auf diese Stämme ausgeübt und auch die Vorgänge in der Türkei werden einwirken. Ein einheitliches Handeln ist von diesen halbbarbarischen Stämmen wohl kaum zu erwarten und von konstitutionellen Gelüsten, welche die Jungtürken und die Führer der persischen Revolution beseelen, kann bei diesen Grenzvölkern wohl kaum die Rede sein. Aber die allgemeine revolutionäre Gärung kann bewirken, daß ihre „Unbotmäßigkeit" gegen die Engländer immer schärfere Formen annimmt. Wer weiß, ob nicht die Bewegung in Persien und der Türkei schließlich den politischen Zusammenschluß der moslemitischen Völker vom Bospurus bis an das Himalayagebirge vorbereitet.

Aber nicht nur die Engländer sehen ihre Herrschaft bedroht. Die Ereignisse in Persien und der Türkei wirken auch auf Rußland ein. Man vergesse nicht, daß Rußland im Osten und Süden Millionen mohammedanischer Einwohner hat, sowohl im Kaukasus als am kaspischen Meer, in Zentralasien wie in Südsibirien. Die Kaukasier sowohl wie die Kirgisen und Tataren müssen zweifellos von der Revolution in den moslemitischen Staaten beeinflußt werden, und dieser Einfluß wird sicher nicht dazu beitragen, diese Volksstämme gefügiger gegen die zarische Regierung zu machen.

Wenden wir uns dem fernen Osten zu, so sehen wir uns abermals eigenartigen und höchst komplizierten Erscheinungen gegenüber. Es wäre sehr naiv, annehmen zu wollen, daß mit dem japanischen Siege über Rußland Ruhe im Osten eingekehrt sei. Davon kann keine Rede sein. Vor allem hat die japanische Regierung in Korea eine harte Nuß zu knacken. Die Rivalität um die Herrschaft über Korea war der unmittelbare Anlaß zu dem russisch-japanischen Kriege. Die Waffen haben zugunsten Japans entschieden, aber die Koreaner sind weit entfernt davon, ihr Land ohne weiteres als japanische Provinz behandeln zu lassen, sondern setzen im Gegenteil der japanischen Invasion sehr energischen Widerstand entgegen, so daß die Japaner sich gezwungen sehen, eine ganze Armee in Korea auf den Beinen zu halten. Dieser Widerstand ist um so tiefgehender, als ihm soziale Maßnahmen zugrunde liegen. Der japanische Einmarsch ist gleichzeitig ein kapitalistischer Einmarsch. Der koreanische Bauer, Handwerker und besonders der Krämer (die Krämer bilden eine sehr zahlreiche und leicht mobile, dabei seit jeher straff organisierte Gesellschaftsklasse in Korea, ähnlich wie in China) wehrt sich nicht nur gegen die Fremdherrschaft, sondern er kämpft um seine Existenz. Der Bauer sieht den japanischen landhungrigen Kolonisten eindringen und unter dem Schutze der japanischen Machthaber das „Regierungsland" in Pacht nehmen, während tatsächlich dieses Regierungsland seit jeher von koreanischen Bauern bebaut wurde. Der Krämer und der Handwerker dagegen sehen sich von der japanischen Industrie bedroht, sehen drohendes Unheil in den Bahnen, Hafenanlagen usw., die die Japaner errichten.

In Japan selbst ist die Lage gespannt, da der Krieg die Steuerlast bis zur Unerträglichkeit gesteigert hat und eine wirtschaftliche Krise von bisher nicht erlebter Gewalt auf dem Lande lastet.

In China schließlich gärt es an allen Ecken und Enden. Von Persien her wird die nach vielen Millionen zählende mohammedanische Bevölkerung in Bewegung gesetzt und erkühnt sich, der Zentralregierung zu spotten. Im Osten hat der Krieg die Bevölkerung der Großstädte in nachhaltende Aufregung versetzt und die fremdenfeindlichen Demonstrationen sind wieder an der Tagesordnung, wobei aber im Unterschiede zu früher diese Demonstrationen sich in erster Linie gegen die Japaner wenden.

Auf dem ganzen gewaltigen Kontinent sind somit die Menschenmassen in Bewegung geraten, neue Dinge sind im Fluß, neue politische Komplikationen künden sich an. Die Folgen dieser Vorgänge für Europa sind schier unabsehbar; denn nur zu leicht können die Regierungen der kapitalistischen Staaten Europas bei diesen Ereignissen zu kriegerischen Aktionen sich verleiten lassen. Wie immer jedoch die Zukunft sich gestaltet, es hat den Anschein, als ob der Traum von der Aufteilung Asiens unter die kapitalistischen Interessenten ausgeträumt ist. Asien erwacht und Raubzüge wie der, der Kiautschou in deutschen Besitz brachte, werden nie wieder möglich sein. Damit aber ist die Expansion des Kapitalismus unterbunden und um so schärfer werden die sozialen Gegensätze im alten Europa sich zuspitzen müssen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Es darf nichts kosten.

Die Agrarier, besonders in Ostelbien, haben es zwar gern gesehen, daß die Regierung durch Einführung der Legitimationspflicht für ausländische Arbeiter vermittels der sogenannten Feldarbeiterzentrale ihnen diese Arbeiter auf Gnade oder Ungnade überliefert, aber gleichwohl suchen sich manche dieser „gnädigen Herrren" den für sie daraus entspringenden Kosten zu entziehen. Einen Beweis dafür liefert eine Bekanntmachung, die der Landrat des Kreises Marienburg, Freiherr Senfft v. Pilsach, im dortigen Kreisblatt erläßt. Sie lautet:

„Durch eine Anzeige des Grenzamtes Lautenburg, Westpr., und auch auf anderem Wege ist mir bekannt geworden, daß bei den gegenwärtigen Erntearbeiten im Marienburger Kreise in nicht geringer Anzahl Russen ohne Legitimationskarten beschäftigt werden, die mit Fuhrwerk über die Landesgrenze nach der Station Montowo der Mlawkaer Eisenbahn befördert sind. Die Einführung von Legitimationskarten der Deutschen Feldarbeiterzentralstelle für ausländische Arbeiter, die an der Spitze des Kreisblattes vom 15. April 1908 bekannt gemacht wurde, verfolgt den Zweck, den überhandnehmenden Kontraktbrüchen der fremden Arbeiter zu steuern. Dieser Zweck kann aber nur erreicht werden, wenn die Landwirte selbst das Ihrige dazutun, indem sie keine fremden Arbeiter ohne Legitimationskarte einstellen und kontraktbrüchige Leute den Polizeibehörden anzeigen, damit sie ausgewiesen werden. Anscheinend wollen manche Landwirte die Gebühren für die Ausstellung der Karten ersparen. Diese Gebühr ist eine lästige, aber zur Deckung entstehender Kosten unvermeidliche Abgabe, die jedenfalls in keinem Verhältnis zu den Vorteilen einer erfolgreichen Bekämpfung des Kontraktbruches steht. Ich wende mich hiermit an die Einsicht der beteiligten Kreise, indem ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß sie sich jeder Umgehung der Grenzkontrolle im eigenen Interesse der heimischen Landwirtschaft enthalten und sich vielmehr die Unterstützung der Grenzämter und der mitwirkenden Behörden angelegen sein lassen."

Der Appell an die Einsicht der Agrarier wird vermutlich nicht viel fruchten, denn der eigene Geldbeutel liegt den Herren näher als das „allgemeine Interesse", sei es auch nur das ihnen mit ihren Klassengenossen gemeinsame. Können sie selbst sich mit Arbeitern versorgen ohne Kosten, so pfeifen sie auf die „Leutenot" der anderen, um freilich hinterher wieder mit ihnen gemeinsam über die „Leutenot" zu schreien und weitere, noch schärfere Maßregeln zur Knebelung der Arbeiter zu fordern. Um Geld zu sparen, machen sie selbst solche Maßnahmen unwirksam, die in ihrem eigenen Interesse getroffen worden sind.

Für die Wehrsteuer

macht die „Deutsche Tageszeitung" Stimmung. Sie meint, es spreche vieles für die Steuer, manches dagegen, jedenfalls aber sei sie „volkstümlich", und da die Wehrsteuer eine direkte Steuer sei, könnten gegen sie nicht diejenigen Gründe obwalten, die gegen die indirekten Steuern vorgebracht würden. „Gleichwohl möchten wir," schreibt das Blatt, „dringend empfehlen, einen Versuch zu machen."

Diese Empfehlung der Wehrsteuer durch die „Deutsche Tageszeitung" ist umso bemerkenswerter, als das Agrarierorgan in seiner Notiz bemerkt, daß die Wehrsteuer höchstwahrscheinlich nicht zu den Steuerprojekten gehöre, auf die sich die verbündeten Regierungen vorläufig geeinigt haben.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat recht, wenn sie die Wehrsteuer eine direkte Steuer nennt. Aber deshalb ist noch nicht jede direkte Steuer eine vernünftige und ge-

rechte Steuer. Die „Deutsche Tageszeitung“ legt sich offenbar nur deshalb für diese direkte Steuer, die ja ohnehin, gemessen an dem Einnahmebedürfnis des Reiches, nicht viel bedeuten würde, ins Zeug, um die wirklich ernsthaften direkten Steuern um so erfolgreicher bekämpfen zu können!

Geheimrat Dr. Krohne über die Polizeiaufsicht.

In einem Gutachten an den 29. Juristentag sagt der Geheime Oberregierungsrat Dr. Krohne, der bekannte Dezernent für Gefängniswesen, über die Polizeiaufsicht:

„Eine gute Polizei wird auch ohne die Befugnisse, die ihr durch Verhängung der Polizeiaufsicht gegeben werden, den gefährlichen Rechtbrecher können unter Aufsicht halten. In der Hand einer schlechten Polizei und taktloser Organe wird die Maßregel zu einem schweren Hindernis für die Wiederaufrichtung des Bestraften in das geordnete bürgerliche Leben. Die Polizei soll ihre Aufgabe nicht darin sehen, den Bestraften ihre Macht fühlen zu lassen, sondern ihm zurechthelfen und dazu mit den Fürsorgeorganen Hand in Hand arbeiten. Das wird aber nur geschehen, wenn die Polizeiaufsicht aus dem Strafgesetzbuche als besondere Nebenstrafe verschwindet.“

Bei einer guten Polizei ist eine besondere Polizei nicht nötig. Die deutschen Bundesstaaten sind davon überzeugt, daß sie die Polizeiaufsicht nicht entbehren können.

Bülow — über der Kritik.

Das Leib- und Magenblatt des Kanzlers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, befaßt sich mit der dem Kanzler angedrohten blockfreisinnigen Kritik preußischer Verwaltungsmaßnahmen. Fürst Bülow läßt den grollenden Freisinnshelden sagen:

„Durch eine ruhige, sachliche Kritik der Schäden reaktionärer Verwaltungsgrundsätze wird die Position des Reichskanzlers nur gestärkt; wir glauben zu wissen, daß Fürst Bülow für solche Kritik durchaus empfänglich ist. Damit aber, daß man bei jedem Mißgriff einer selbständigen Regierungsinstanz nach dem Kanzler-Ministerpräsidenten ruft, wird die Stellung des Kanzlers höchstens erschüttert, und damit — was jedermann allmählich wissen könnte — auch der Bestand des Blockes selbst. Was uns aufatmen machte, als der Block begründet wurde, war das: jetzt beginnt nationale Politik, die Do-ut-des-Politik ist begraben. Sollte es je klar werden, daß Fürst Bülow mit daran arbeitet, die verfassungsmäßigen Rechte preußischer Untertanen zu tangieren, so darf ihm der Liberalismus sein Vertrauen nicht einen Tag länger schenken. Aber den Kanzler für die Torheiten oder Irrtümer preußischer Verwaltungsbeamten in jedem einzelnen Falle verantwortlich zu machen, von ihm zu verlangen, daß er in schwebende Verfahren eingreift und jeden Landrat kontrolliert: das geht nicht an. Das ist zu kleinlich, als daß es noch Politik wäre.“

Daß diese Darstellung eine Verhöhnung des Freisinns bedeutet, ist offenkundig. Die Wiemer und Mugdan dürfen gelegentlich einen Regierungsrat anrempeln, das sei ihnen verziehen, aber sich an Bülow heranmachen, der über jede Kritik erhaben ist, das ist ein so frevler Versuch, daß er nur mit dem Hinauswurf aus dem Block geahndet werden kann. Der Freisinn weiß also, woran er ist und wird sich danach richten.

Der Universal-Staatssekretär.

Als Nachfolger Köllers im Staatssekretariat für Elsaß-Lothringen ist nunmehr der derzeitige Unterstaatssekretär Freiherr Zorn von Bulach definitiv in Aussicht genommen. Die Frankfurter Zeitung“ charakterisiert ihn so:

„Weder Liberaler noch Demokrat, sondern konservativen Neigungen ergeben, Agrarier und Schutzzollmann, aber ohne den unsympathischen ostelbisch-junkerlichen Einschlag, Katholik aus gläubigem Hause, im Jesuitenkolleg erzogen, aber nicht Zentrumsmann.“

Also — mit Ausnahme der Religion — ein Bülow in Miniaturausgabe. Das ist das Holz, aus dem die Männer des Block-Kursus geschnitzt werden müssen.

Die Wahlrechtsreform in Sachsen.

Geheimrat Heinke, der Macher dessen, was man in Sachsen unter Wahlrechtsreform versteht, hat, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Dresden gemeldet wird, einen Vorschlag über die Wahlkreiseinteilung ausgearbeitet. Er hielt sich bei ihr in der Hauptsache an die in der Wahlrechtsdeputation beschlossenen Grundsätze, auf die sich auch die Mehrheit der Zweiten Kammer unterschriftlich festlegte. Es sind 96 statt 82 Wahlkreise gebildet und zwar nach ihrer sozialen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit unter Berücksichtigung ihrer historischen Entwickelung. Neben der Wählerzahl ist auch die Grundfläche des Kreises berücksichtigt. Großstädte, die mehrere Abgeordnete wählen, haben ihre Aufteilung im Kreise selbst vorzunehmen, ein Teil der Mittelstädte ist zu Wahlkreisen unter sich zusammengeschlossen, andere sind, wie durchweg die Kleinstädte, zu dem platten Lande geschlagen. Stark bevölkerte Vororte der Großstädte sind diesen hinzugefügt.

Diese wenigen Angaben lassen erkennen, daß eine weitere Verschlechterung zu den an sich schon volksfeindlichen Beschlüssen der sächsischen Wahlrechts-Deputation gekommen ist.

Die internationale Friedenspoße.

In den nächsten Wochen tritt in Berlin die interparlamentarische Friedenskonferenz zusammen. Die „Köln. Zeitung“ schreibt dazu:

„Man wird den Wert der Konferenz gerade in der gegenwärtigen Zeit nicht unterschätzen dürfen. Die persönlichen Beziehungen, die einen so ungeheuren Wert im Leben haben, sind zwischen den Parlamenten bis heute fast garnicht vorhanden, und es ist freudig zu begrüßen, wenn hierin Anstoß zu einer Besserung gemacht wird. Man mag über den Zweck, der die Herren zusammenführt, denken wie man will, die Tatsache, daß Parlamente der meisten zivilisierten Nationen zusammentreten, um gemeinsame Interessen zu besprechen, ist von großer Bedeutung.“

Man tut gut daran, dieser Konferenz eine Bedeutung überhaupt nicht beizumessen. Wenn die „Kölnische Zeitung“ von dieser Tagung einen engeren Zusammenschluß der Parlamentarier erwartet, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß diese Konferenzen bereits seit einer Reihe von Jahren stattfinden, ohne daß sie seither ein nur halbwegs greifbares Resultat gezeitigt hätten. Über eine Anzahl Friedensreden kommen die parlamentarischen Vertreter der besitzenden Klasse nicht hinaus. Ein typischer Vertreter der bürgerlichen Friedensapostel ist der freisinnige Abgeordnete Eickhoff, der auf diesen Konferenzen stets das große Wort geführt hat. Derselbe Herr Eickhoff, der im Reichstag alles bewilligt, was von der Regierung für Verstärkung von Heer und Flotte gefordert wird. Die ganze Veranstaltung gleicht einer Komödie, denn dieselben Leute, die bei dieser Gelegenheit für den ewigen Weltfrieden eintreten, bewilligen daheim mit dem größten Vergnügen Gewehre und Kanonen.

Sydow an der Arbeit.

Schatzsekretär Sydow hat seinen Urlaub beendet und ist nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er vorher noch seinem Vorgänger im Amte, dem Frhrn. v. Stengel, einen Besuch abgestattet hatte. Herr v. Stengel hat ja Erfahrungen genug gemacht auf dem Gebiete der Sanierung der Reichsfinanzen, und froher Hoffnungen voll dürfte Herr Sydow kaum von ihm geschieden sein. Die Summe von 400 Millionen Mark als Mindestbedarf soll feststehen, doch wird damit gerechnet, daß der Ertrag der neuen Steuern in den ersten Jahren hinter dem Voranschlag zurückbleiben wird, weshalb man im ersten Jahr auf wenigstens 300 Millionen Mark neuer Einnahmen rechnet. Damit meint man das Defizit für 1908/09 decken zu können. Hoffentlich hört diese verdächtige Geheimniskrämerei nun bald auf, das deutsche Volk hat ein Recht darauf, Klarheit über die Steuerpläne der Regierung zu erlangen. — Übrigens sind auch der hanseatische Bundesrats-Bevollmächtigte Dr. **Kluegmann** und der Direktor im Reichsschatzamt Dr. Kühn bei Frhrn. v. Stengel eingetroffen. Ob nur aus alter Anhänglichkeit oder um sich Rat zu holen, steht dahin.

Die korrumpierende Wirkung der Blockpolitik.

Der Abgeordnete Müller-Meiningen hat sich bekanntlich übereifrig — wie immer — beeilt, der Öffentlichkeit und vor allem der Regierung die vorbehaltliche Zustimmung des Freisinns zur Finanzreform kundzutun. Die selbst von einer nationalliberalen Seite erhobene Forderung, die preußische Wahlreform für die Finanzreform einzutauschen, wies er weit von sich, indem er schrieb:

„Die Schlacht um das geheime Wahlrecht in Preußen muß in der Prinz-Albrechtstraße geschlagen werden. Die Kompensationen sind zunächst in der finanziellen Materie selbst reichlich enthalten, außerhalb derselben in ungeschickter Weise den Versuch zu machen, den Notstand des Reiches, den wir alle anerkennen, zu Konzessionen auf entfernten Gebieten der Landespolitik auszunutzen, würde den Linksliberalismus ins Unrecht setzen, ihn schwächen, ihn isolieren und was das schlimmste wäre — in sich selbst veruneinigen, so klug und tapfer solches Vorgehen auf den ersten Blick aussieht!“

Mit dieser „freisinnigen Weisheit“ blieb Müller selbst noch hinter dem freikonservativen Herrn Octavio von Zedlitz zurück, der eingestehen muß:

„daß zwischen der Reichsfinanzreform und der Änderung des preußischen Wahlrechtes — so verschieden beide gesetzgeberische Pläne an sich sind — ein gewisser Zusammenhang besteht, wird sich schwerlich bestreiten lassen!“

Diese köstliche Abfuhr eines „Freisinnigen“ durch einen Reaktionär bringt nun die liberale „Weserzeitung“ auf die Beine. Sehr ärgerlich über die dem Freisinn von seinem Führer Müller bereitete Blamage schreibt sie:

„Die Verschiebung der Stellung der beiden Politiker (Müller und Zedlitz) ist höchst auffallend. Wir geben dabei nicht unserem Parteigenossen, sondern dem jetzt von der „Kreuzzeitung“ heftig befehdeten Abgeordneten von Zedlitz unsere Zustimmung.

Zunächst schon müssen wir Widerspruch dagegen erheben, daß die Kompensationen in der finanziellen Materie selbst reichlich enthalten seien. Man kennt sie ja noch garnicht; man weiß nicht, was die Regierungen wollen, nicht, wie weit sie die Konservativen mit sich ziehen können. Es ist noch ungewiß, ob diese beiden Instanzen auch nur die erste aller Bedingungen — die alsbaldige, vollständige Aufhebung der Branntweinsteuerliebesgabe — zugestehen; ungewiß, ob sie die ernsten Bedenken berücksichtigen werden, die jeder Erhöhung der Tabakbesteuerung im Wege stehen (Verbrauchseinschränkungen mit ihren nachteiligen Wirkungen auf den finanziellen Ertrag und das Schicksal der Kleinunternehmer und Arbeiter). Weiter: welche Dinge sie den Freisinnigen bei der Biersteuer und sonst noch zumuten, sowie wie weit sie direkte Steuern bewilligen wollen.“ Genug aber: auch wenn alles dieses annehmbar gestaltet wird, als es nach der konservativen Presse den Anschein hat, so bleibt noch ein schweres Bedenken zu erledigen, das Herr Müller-Meiningen in seinem Artikel nicht berücksichtigt hat. Es besteht darin, daß man die Freisinnigen nur benutzt, um sich die Steuern bewilligen zu lassen und ihnen alsdann den Dienst kündigt.“

Prinzipielle Bedenken würden der „Weserzeitung“ demnach auch noch nicht Anlaß gegeben haben, gegen die freisinnige Dienstfertigkeit Einspruch zu erheben. Sie ist nur etwas diplomatischer als Müller. Der Freisinn soll sich unentbehrlich machen. Viel zu spät; die zwei Jahre Blockpolitik haben genügt, dem Freisinn das prinzipielle und das moralische Rückgrat zu brechen. Jetzt kann er nur noch betteln und weiter der Bülow-Politik Handlangerdienste leisten, und er wird es in nicht zu ferner Zeit erleben, daß man seiner selbst in dieser Rolle überdrüssig wird und ihm den Tritt gibt, den er freilich redlich verdient hat.

Türkei.

Die Umwälzung. In der Neugestaltung der Dinge in der Türkei macht die bunte Zusammenwürfelung der Nationalitäten und die Verständigung derselben zu einer gemeinsamen Aktion große Schwierigkeiten. Aus Südalbanien liegen fortdauernd durchweg günstig scheinende Nachrichten über den Beginn der Entwickelung der neuen Ära vor. Am meisten national-albanisch scheint das Komitee in Tirana zu sein. In den übrigen größeren Orten herrscht infolge der mehr gemischten Konfessionen kein so einheitlicher Geist und auch keine so feste Organisation. Über die Verhandlungen des jungtürkischen Komitees in Macedonien mit den christlichen Komitees liegen dagegen noch immer keine befriedigenden Nachrichten vor. Es wird schon als ein Erfolg zu betrachten sein, wenn es dem jungtürkischen Komitee gelingen wird, die gegenwärtige Ruhepause bis über die Wahlen auszudehnen. Hierbei kann konstatiert werden, daß allem Anschein nach von allen macedonischen Nationalitäten die Kutzowclachen die größte Aufrichtigkeit gegenüber dem jungtürkischen Komitee manifestieren, indem sie sich mit der Geltendmachung ihrer nationalen Sprache und Eigenart auf dem Gebiete der Schulen und Kirchen begnügen. Sie hoffen, zwei bis drei, mindestens jedoch einen Deputierten ins Parlament zu entsenden.

Die Reaktionäre geben sich natürlich Mühe, die Nationalitäten aufs neue zu verhetzen, um die Wiedergeburt des Türkenreichs zu verhindern. Das Konstantinopeler Blatt „Proodos“ veröffentlicht Meldungen aus Anatolien, namentlich aus Nigde, Vilajet Konia, wonach die Muselmanen die Christen zu massakrieren drohen und letztere sich in die Keller und Brunnen flüchten. Das Blatt bemerkt, daß ungeachtet der Bemühungen der Jungtürken die Mehrheit der Muselmanen Anatoliens, vermutlich durch Funktionäre des alten Systems aufgereizt, sich durch die Verfassung erniedrigt fühle. Der „Proodos“ lenkt die ernste Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Angelegenheit. Der „Ikdam“ erklärt, daß die Vorfälle in Kleinasien auf reaktionäre Intriguen zurückzuführen seien, und behauptet, daß der frühere zweite Yildizsekretär Izzet Pascha sowie der frühere Botschafter Munir Pascha eine Intervention in der Türkei inszenieren wollen und daß die von dem gewesenen Großvezier Said Pascha auf gemeine Verbrecher ausgedehnte Amnestie die Ursache zahlreicher Unruhen in den Provinzen sei.

Wie es unter dem alten Regime in der Türkei hergegangen ist, darüber hat der nach London geflüchtete Zia Bey, das frühere Oberhaupt der türkischen Geheimpolizei, in recht offenherziger Weise geplaudert. Er sagte einem Interviewer:

„Am 21. Juli wußte ich, daß mit Tachsin und Izzet Pascha meine offizielle Laufbahn zu Ende war. Es handelte sich nur um Flucht. Wem konnte ich trauen? Wer mich gestern fürchtete, würde mich heute erstochen haben. Ich bezahlte einen Mann, damit er mich zwei Tage in seinem Hause verborgen hielt. Am 24. Juli schickte mir der Sultan einen kurzen Brief: „Fliehe, ohne eine Stunde zu zögern, nach Europa“. Ich hatte Vorkehrungen getroffen, an Bord eines nach Smyrna gehenden deutschen Schiffes zu gehen. Ich wartete bis zur Dunkelheit. Als ich zu dem kleinen Boote ging, welches mich am Kai erwartete, wurde ich von einem Manne angegriffen, der mich erkannte. Ich schoß ihn glücklicherweise sofort tot und lief, so schnell ich konnte, nach dem Kai, gelangte an Bord des deutschen Schiffes, erreichte in Sicherheit Smyrna und ging dort an Bord eines Postdampfers nach Marseille. An Bord erkannte mich ein russischer Marineoffizier, der mich am russischen Hofe kennen gelernt hatte. Er versprach mir, mich keinem an Bord zu verraten. Ich hatte meinen Bart abrasiert und meinen Fez gegen einen Strohhut eingetauscht. Ich nahm den Namen Mr. Gray an, unter dem ich hier wohne.“ Auf die Frage, ob er sich mit dem neuen Regime aussöhnen werde, antwortete Zia Bey: „Unmöglich. Man kann mir niemals vergeben. Die Türkei hat mich zum letzten Male gesehen. Sie müssen wissen, daß ich während meiner Amtstätigkeit auf Befehl meiner Vorgesetzten, Minister, Offiziere und Zivilisten ruiniert habe. 170 Türken, meist den angesehensten Familien des Reiches angehörig, verschwanden.“ Hier machte Zia Bey eine Handbewegung, die den Ausdruck „verschwinden“ in bedenklichster Weise illustrierte. „Unter meiner Leitung waren 400 gutbezahlte Geheimagenten ununterbrochen tätig. Es waren Türken, aber meistens Armenier und Griechen, einige Frauen und zwei Malteser. Es war gleichgültig, wer beseitig werden sollte. Befehle vom Yildis wurden unweigerlich befolgt. Dem Sultan werden falsche Berichte vorgelegt und gegen diese gab es keinen Appell. Wen wir denunzierten, der war verloren . . . Die Pforte existierte als Regierungsmaschine seit 25 Jahren nicht mehr. Yildis hatte die ganze Gewalt. Izzet Pascha soll von seinem Vermögen $1\frac{1}{2}$ Mill. türk. Pfund gerettet haben, von denen der größere Teil in den Vereinigten Staaten und durch griechische Finanziers in Paris untergebracht wurde. Der Sultan selbst hat wenigstens drei Millionen in Deutschland, Österreich und Frankreich angelegt. Er erhielt einen hohen Prozentsatz von den Bestechungsgeldern der Leute, die Kontrakte für Kriegsvorräte und Uniformen machten. Diese Leute gebrauchten mich, weil sie mich geschmeidig fanden.“

Die neue Regierung wird vielleicht die Auslieferung Zia Beys verlangen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 3. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhausen, Grützmühle, Hafenstraße, Sielbau Marli, Kaltenhof bei Schwartau. Als Akkordanten fungieren F. Mädel, Krempelsdorfer Chaussee und Jabs, Werderstraße.

Achtung Bauarbeiter! über die Sielbauarbeiten in der Marlistraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. Jabs in Fünfhausen und Hafenstraße (Grützmühle) verhängt.

Hoffnungen und Wünsche der Gegner. Der bevorstehende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Nürnberg, auf dem sicherlich die Budgetbewilligungsfrage zur Erörterung gelangen wird, gibt der reaktionären Presse Anlaß zu phantasievollen Artikeln. Man hofft auf eine Spaltung innerhalb unserer Partei und ist eifrig bemüht, alle Bestrebungen, die dahin führen könnten, zu fördern. Die „Lübeckischen Anzeigen“ bringen in ihrer gestrigen Abendausgabe einen Artikel, aus dem wir folgende Stelle hervorheben wollen:

„über den Zwist in der sozialdemokratischen Partei hat sich auf dem Kieler sozialdemokratischen Parteitag der Abg. Legien, wie die „Itzehoer Nachrichten“ melden, dahin geäußert, daß „seiner Ansicht nach die Geschichte schon so verfahren sei, daß es schwer halten werde, den Riß, der zwischen Süd- und Norddeutschland entstanden sei, jemals zu heilen, und er habe die Überzeugung, daß er schließlich zur gänzlichen Spaltung führen werde.“

Uns würde es aufrichtig freuen, wenns so käme. Aber unsere Hoffnung auf eine solche Sezession, die schließlich, gewiß zum Vorteil für unsere Arbeiter, den qualitativ besseren Teil der Sozialdemokratie von dem internationalen Schwindel hinweg einer praktischen Arbeit auf bürgerlichem Boden zuführen könnte, ist ziemlich gering. Denn wir haben Dresden gesehen, wir sahen, wie das Haupt der süddeutschen Genossen, der Riese Vollmar, mit den Waffen seiner überlegenen Ironie den kleineren Radikalismus Bebel in den Sand streckte und wie dann trotzdem der Sieger mit seinem ganzen Heerhaufen sich demütig vor dem Besiegten in den Staub warf. Denn hinter dem standen die stärkeren Bataillone. Es waren keine feinen Leute, die sie führten; die Stadthagen und Zubeil. Und die norddeutschen Massen, über die sie geboten, waren erst recht nicht erstklassig. Aber es waren eben die Mehreren.

Die Taktik der Organe der Reaktion geht — wie auch aus vorstehenden Auslassungen deutlich ersichtlich ist — dahin, die süddeutschen Genossen, von denen man hofft, daß sie sich in Nürnberg von der Gesamtpartei trennen werden, als geistig überlegen, als qualitativ bessern Teil der Sozialdemokratie zu umschmeicheln und sie in Gegensatz zu den norddeutschen sozialdemokratischen Massen, die als „erst recht nicht erstklassig" beschimpft werden und deren Führer man als „keine feinen Leute" bezeichnet, zu bringen. Wohin dann die Reise nach der Trennung gehen soll, wird ganz klar gesagt: in das Fahrwasser des Spießbürgertums. Das Amtsblatt meint allerdings selbst, daß die Aussichten für einen derartigen Ausgang des Nürnberger Parteitages ziemlich gering sind. Sie werden sogar ganz kläglich ins Wasser fallen, möchten wir dabei bemerken. Mögen auch die taktischen Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei gegenwärtig mit einer unnötigen, verbitternden Schärfe geführt werden und hier und da bei den Parteigenossen böses Blut machen: Der Kitt, der jedoch alle zusammenhält und auch in Zukunft zusammenhalten wird, ist das gemeinsame Ziel, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, dessen Erreichung jedem Sozialdemokraten in erster Linie am Herzen liegt.

Der Bürgerausschuß empfahl in seiner gestrigen Versammlung den Ankauf des Gutes Schönböken durch das Heiligegeist-Hospital zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft. Mitbestimmend für den Ankauf soll auch der Umstand gewesen sein, daß die projektierte Bahn Lübeck-Segeberg nach der neuesten Linienführung einen großen Teil der Gutsländereien durchschneidet. Mitgenehmigt seitens des Bürgerausschusses wurden die Verlängerung des Gashauptrohres in der Schönbökenstraße, die Beschaffung einer Hochdruck-Zentrifugalpumpe für das Wasserwerk Travemünde, der Austausch von Ländereien in Ritzerau, der Verkauf einer Fläche an der Ecke der Rosenpforte an den Kaufmann Boie. Den wesentlichsten Bestandteil der Tagesordnung bildeten Nachbewilligungen, so für die persönlichen Bureaukosten des Katasteramtes 12 000 Mk., für die Ausgaben des Allgemeinen Krankenhauses 22 809,26 Mk., für die Friedhofsbehörde 7503,16 Mk., auf die Ausgaben des Stadt- und Landamtes 1705,96 Mk., auf die des Landarmenverbandes 10 586,70 Mk., auf die der Oberschulbehörde 20 434,98 Mk., auf die Ausgaben der Bürgerschaft 5087,90 Mk. Ein Antrag auf Nachbewilligung von 69 875,81 Mk. an die Baudeputation zum Abschluß der Abrechnung für das Jahr 1907 wurde an eine Kommission verwiesen. Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurde die einstweilige Verwaltung des neuen Stadttheaters durch die Theaterbaukommission bis zum 30. Juni 1909. Die Senatsvorlage auf Revision des Gesetzes vom 7. Juli 1902 betr. die Wohnungspflege in der Stadt Lübeck und den Vorstädten war vom Bürgerausschuß zur Vorprüfung an eine Kommission verwiesen worden. Diese hat jetzt Bericht erstattet und empfahl die Vorlage mit einigen Abänderungen zur Mitgenehmigung, was auch geschah. An eine Kommission verwiesen wurde der Antrag, für die Erweiterung und den Umbau des Hauptzollamtes 149 700 Mark zu bewilligen. Zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft empfohlen wurde der Senatsantrag auf Bewilligung von 9300 Mk. für das Haupttorgebäude der neuen Strafanstalt.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, den 7. September 1908 vormittags 10 Uhr stattfindet, wird folgende Tagesordnung zu erledigen haben: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Verstärkung des Abschnittes XIV der Ausgabenseite des diesjährigen Staatsbudgets um 50 000 Mk. 2. Einstweilige Verwaltung des Theaters durch die Theaterbaukommission. 3. Änderung des Entwurfs zu einem Haupttorgebäude der Zentralstrafanstalt. 4. Nachbewilligung von 8 569,03 Mk. auf die Ausgaben des Werk- und Zuchthauses zu St. Annen im Rechnungsjahre 1907. III. Besprechung der Senatsdekrete: a) betr. Legitimationsgebühr von 25 Pfg. für eine Radfahrkarte vom 8. Juli 1908; b) betr. die Auslegung des Nachtrages zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten vom 15. Juli 1908. IV. Wiederholte Beratung folgender Anträge: 1. Dr. Ziehl und Genossen, betr. Einführung einer zweiten Lesung; 2. von Johs. Evers, die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Behörden mit einer Prüfung der Frage zu beauftragen, ob und inwieweit auch den Bureauhilfsarbeitern eine Erhöhung einer Besoldung mit der Maßgabe zuzuwenden sei, daß dieselbe mit dem 1. April 1907 in Kraft trete, soweit sie nicht im laufenden Jahre eine Gehaltszulage erhalten hätten, oder soweit nicht aus anderen Gründen eine solche Zuwendung als unangemessen erscheint, 3. von F. J. W. Klein, die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Aufnahme der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter in den Beamtenbesoldungsetat in Erwägung zu ziehen, 4. von H. E. A. Pape, die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Schutzleute und Feuerwehrleute nach fünfjähriger Dienstzeit fest anzustellen, 5. von Wissell und Genossen, der Bürgerschaft eine Vorlage entgegenzubringen, durch welche die der Regelung durch die Landesgesetzgebung vorbehaltenen Ausnahmen von den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes im Sinne größtmöglichster Freiheit für Lübeck gesetzlich sichergestellt werden. V. Eingabe des Vereins „Innere Stadt" betr. das Projekt einer Verkehrsstraße von der nördlichen Vorstadt St. Lorenz zur inneren Stadt.

Der Stellennachweis des Vereins der Hausangestellten in der Johannisstraße 48 erfreut sich einer derartig regen Inanspruchnahme seitens der Dienstherrschaften, daß wiederholt die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot überstieg. Diese steigende Frequenz ist darauf zurückzuführen, daß man in den Kreisen der Leute, welche die Hilfe von Dienstmädchen und anderen Hausangestellten in Anspruch nehmen, einsieht, daß die aufgeklärten Arbeitskräfte gewöhnlich die zuverlässigsten und brauchbarsten sind. Leider gibt es noch eine ganze Anzahl von Arbeitern, sogar organisierte, die den Wert der Hausangestelltenvereinigung und dessen Stellennachweises noch nicht erkennen und anstatt ihre Töchter darauf hinzuweisen, dieselben gar vom Beitritt zum Verein und von der Benutzung des Stellennachweises abraten. Das ist sehr bedauerlich, denn durch die Organisation der Hausangestellten soll gerade das Los der Dienstmädchen, das im allgemeinen nicht sehr rosig ist, gebessert werden. Vielfach ist das bereits gelungen. Es gibt auch in Lübeck Dienstherrschaften genug, die zu Entgegenkommen bereit sind, wenn sie tüchtige Mädchen bekommen; dieselben scheuen sich auch nicht, sich dabei der Vermittlung des Stellennachweises der Hausangestellten in der Johannisstraße zu bedienen, der in uneigennützigster Weise wirkt. Wir möchten deshalb die Eltern ersuchen, daß sie ihre Töchter, welche Dienste nehmen wollen, auf den Stellennachweis des Vereins der Hausangestellten und dessen segensreiches Wirken aufmerksam machen. Gerade wenn die Dienstherrschaften einsehen, daß sie nicht durch Inserate in den bürgerlichen Blättern, sondern durch den Nachweis der Hausangestellten gute Arbeitskräfte erhalten, werden sie auch bereit sein, nicht nur den Nachweis zu benutzen, sondern den berechtigten Wünschen, die an sie gestellt werden, zu entsprechen.

Die Lübecker Straßenbahn beförderte im August d. J. 156 289 Personen gegen 96 616 Personen im Jahre vorher. Das Mehr in diesem August beträgt also 59 673 Personen. Vom 1. Januar bis 31. August 1908 wurden 918 812 Personen befördert, vom 1. bis 31. August 1907 dagegen nur 638 080 Personen, mithin 1908 mehr 279 832 Personen.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Kabelarbeiten wird die Straße „Am Marienkirchhof" vom Freitag, den 4. September ab auf etwa 8 Tage für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Der Sedanrummel, zu dem außer den Schulkindern die Militärvereinler kommandiert werden, ging gestern mit dem üblichen Tamtam in Szene. Während man den Arbeitern nicht gestattet, für ihre Umzüge die Hauptverkehrsstraßen der Stadt zu benutzen, durften die Kriegervereinler das selbstverständlich. Dafür leben wir bekanntlich in einem genau eingeteilten Klassenstaat. Natürlich wurde auch viel geredet. Man erfuhr dabei wieder einmal, daß die Kriegervereine sich als tapfere Helfer der Reaktion bei der letzten Reichstagswahl gezeigt hätten; jetzt sei der Sieg sicher. Abwarten und dann Tee trinken!

Von der Heilsarmee. In Ergänzung des Artikels in der heutigen Beilage wird uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt: Soeben wurde dem Hausvater des Heimes eine Abfindungssumme in Höhe von 200 Mk. gezahlt. Die Schuld war allerdings höher.

Aus dem Gerichtssaal. Landgericht. Wegen Erpressung steht der 19jährige „Arbeiter" O. B. vor den Schranken des Gerichts. Der Angeklagte hat trotz seiner Jugend bereits eine Reihe von Vorstrafen hinter sich. Im Juli d. J. sandte er an einige hiesige reiche Geschäftsleute anonyme Briefe, in welchen er sich als kleiner Geschäftsmann ausgab, der am Rande des Ruins stehe und in dem die Adressaten zur Zahlung einer Geldsumme aufgefordert wurden. Im Falle der Weigerung drohte der Bursche mit Totschlag. Durch einen Knaben, den der Angeklagte zum Postschalter geschickt hatte, wurde der Verdacht auf ihn gelenkt und erfolgte sodann am Volksfesttage seine Verhaftung. Der Erpresser verlegte sich in der Gerichtsverhandlung bis zum letzten Augenblick aufs Leugnen und als er ganz in die Enge getrieben wurde, meinte er, er habe wohl die Briefe in einem Augenblick völliger Geistesabwesenheit geschrieben. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus. — Wegen Sachbeschädigung und groben Unfugs ist der Schmiedemeister Wilhelm W., aus Eutin vom dortigen Schöffengericht zu drei Tagen Gefängnis und 33 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er soll von seiner Koppel aus das Loch einer Planke des Damen-Lichtbades mit einem Taschenmesser vergrößert haben. Das entstandene Guckloch benutzte der Meister zur Beobachtung der das Lichtbad benutzenden Damen. Auf seine gegen das schöffengerichtliche Urteil eingelegte Berufung wurde ihm die Gefängnisstrafe abgenommen und er nur zu einer Geldstrafe von 85 Mk. verurteilt. — Zu vier Jahren Zuchthaus wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem kleinen Mädchen, wurde der Tabakspinner Benthien aus Hof Warsow verurteilt. Außerdem wurden dem Wüstling die Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt. — Betrug und Urkundenfälschung per Telephon. Der jugendliche Hausdiener Ernst R. ersuchte verschiedene Lieferanten seines Arbeitgebers per Telephon, dem Abholer bestellter Waren Geldbeträge bis zur Höhe von 14 Mk. zur Ausführung eiliger Aufträge auszuhändigen. Der Schwindler wurde zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Genossenschaftsregister. Am 31. August 1908 ist eingetragen: bei der Firma Centralankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Lübeck eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Lübeck Wilhelm Kehler ist aus dem Vorstand ausgeschieden und an seiner Stelle durch den Aufsichtsrat bis zur nächsten Generalversammlung F. W. Mangels bestellt.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 2. Septbr., morg. 6 Uhr: Wasser 15, Luft 13; 10 Uhr: Wasser 15, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 15, Luft 18; abends 6 Uhr: Wasser 15, Luft 15 Grad Celsius.

Das bei Kindern beliebte Tottreten über den Weg kriechender oder laufender Kleintiere sollten Eltern und Erzieher nicht dulden. Die Kleintierwelt ist den Kindern sozusagen ein Gegenstand ihrer Jagdlust; denn die Mehrzahl der Kinder, besonders der Knaben, hat eine unüberwindliche Gewohnheit, alles Lebende zu vernichten. Die Kröte, die Eidechse und die Blindschleiche werden mit Steinen beworfen, die Käfer mit einem Fußtritt getötet, Würmer und Raupen mit einem Stocke auf den Erdboden festgedrückt, um sich an den lebhaften Todeszuckungen des gequälten Tieres zu ergötzen. Hindert niemand diesen Hang, so wird alle Ehrfurcht vor dem Lebenden in den Kinderherzen allmählich vernichtet. Deshalb muß den Kindern diese häßliche, schadenbringende Unart gründlich verleidet werden. Nun hat aber die Jugend das Bestreben, sich der Kleintierwelt zu bemächtigen und sich ihrer gleichsam zum Zeitvertreib zu bedienen. Es wäre auch ein vergebliches Bemühen, ihr die Tierliebhaberei ausreden zu wollen. Diesen Jugendtrieb aber zu mäßigen, ihn richtig zu lenken und auf vernünftige, unverwerfliche Ziele zu lenken, das sei ein fortgesetztes Bemühen in Familie und Schule.

pb. **Ermittelter Fahrraddieb.** In einer hiesigen Herberge angetroffen und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Memel, der sich in Münster i. W. des Diebstahls eines Fahrrades schuldig gemacht hat.

pb. **Diebstahl.** Am Dienstag, den 1. d. Mts., zwischen 5—7 Uhr abends, ist aus einem Hause Cronsforder Allee eine nach altdeutscher Art hergestellte Bank abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Bank ist 1 Meter lang, hat 2 breite Füße, die durch einen Stab verbunden sind. Der Sitz war mit einem gestickten Polster versehen. Das Holz ist braun gestrichen. Eine Lehne hatte die Bank nicht.

Das Hunderennen, das am kommenden Sonntag in Israelsdorf auf der Wiese vor dem Kaffeehause des Herrn Wendt stattfindet, verspricht einen guten Verlauf zu nehmen, da für dasselbe ein großes Interesse in den Kreisen der Hundeliebhaber und -Freunde vorhanden ist. Zirka 50 Hunde sind heute schon gemeldet, die um die zahlreichen Ehrenpreise laufen werden. Schon wird täglich auf dem Rennplatz trainiert, wobei es bisweilen zu heiteren Momenten kommt. Für die Bequemlichkeit des Publikums wird bestens gesorgt werden. Eine Tribüne, die 400 Personen Platz bietet, ist bereits errichtet. Während der Rennen findet ein großes Konzert statt. So ist anzunehmen, daß unser liebliches Walddorf Israelsdorf am Sonntag wieder einen Massenbesuch aufweisen wird.

Stadthallentheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Wir wollen nicht unterlassen, nochmals auf das Freitag stattfindende Benefiz des Frl. Elly Fahrbach aufmerksam zu machen. Die Vorstellung beginnt mit der Offenbachschen Operette „Hanni weint, Hannsi lacht", hierauf: „Die Verlobung bei der Laterne" unter gefl. Mitwirkung der Frau Dr. Fuchs-Brandt und zum Schluß die urkomische Posse: „Das Fest der Handwerker". Die volkstümliche Sonnabend-Vorstellung bringt die letzte Aufführung von „Johannisfeuer" mit Herrn Georg Braatz als Vogelreuter. — Am Sonntag ist eine äußerst interessante Doppel-Vorstellung in Aussicht genommen; eingeleitet mit „Anna-Lise oder des alter Dessauers Jugendliebe" folgt sodann die Fortsetzung: „Wie die Alten sungen".

---

* **Schwartau.** Die Gemeinderatssitzung, welche Freitag abend 7 Uhr stattfindet, wird sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen haben: 1. Wahl eines Armenvaters, 2. Wahl eines Gemeindewaisenrats, 3. Antrag des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs, 4. Erbauung eines Wasserwerks, 5. Gemeindestatut betr. Anlegung von Straßen pp. (2. Lesung), 6. Wertzuwachssteuer, 7. Straßenbau, 8. Statutenänderung der Ortskrankenkasse, 9. Wahl von Vertrauensmännern zur Schöffenwahl, 10. Steuersachen. Genossen, die Sitzungen sind öffentlich, ein jeder kann den Verhandlungen beiwohnen. Verschiedene Punkte sind von eminenter Bedeutung für die minderbemittelte Klasse.

Ratekau. Selbstmord. Der wegen körperlicher Mißhandlung eines Geistesschwachen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte Landmann Brasch aus Kasseburg schoß sich auf dem Ratekauer Kirchhof eine Kugel durch den Kopf, die aber nicht tödlich wirkte. Darauf hat er sich an einem Grabgitter erhängt.

Eutin. Zu der bevorstehenden Landtagswahl. Die Freisinnigen nahmen am Sonntag in Varel folgende Resolution an: „Die heute in Varel versammelten Freisinnigen richten an alle Gesinnungsgenossen im Oldenburger Lande die dringende Aufforderung, nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die sich verpflichten, für das neue Wahlgesetz und die freiheitliche Ausgestaltung unseres Schulwesens einzutreten." Wenn dieser Resolution entsprochen würde, so dürften die Oldenburger Freisinnigen mit den Landbündlern und Nationalliberalen nicht kompromisseln. Die Landbündlern zeigen aber bereits Lust dazu; dafür spricht folgende Meldung: „Der Bund der Landwirte im Fürstentum Lübeck erklärt sich bereit, die guten und förderlichen Ideen der Blockpolitik auf die oldenburgische Landtagswahl zu übertragen, er greift jedoch das Ministerium wegen seiner freisinnigen Politik scharf an. — Also das Ministerium ist den Bündlern bereits zu freisinnig. Werden denn auch die Freisinnigen diesen Leuten Vorspanndienst leisten? Nach ihrer Haltung im Reiche ist das allerdings zu erwarten.

Quisdorf. Eine sehr gut besuchte Volksversammlung tagte hier gestern abend im Lokale des Herrn Gosch. Genosse Stelling referierte über die Bedeutung der oldenburgischen Landtagswahlen. An der Debatte beteiligte sich Gen. Gloe, der zu eifriger Werbearbeit für die Partei aufforderte.

Lebatz. Mit den oldenburgischen Landtagswahlen wird sich Freitagabend eine Volksversammlung beschäftigen. Wir zweifeln nicht, daß die Genossen der Landgemeinde Ahrensbök für einen starken Besuch dieser Versammlung sorgen werden.

Hamburg. Hafenbetriebsverein und Kontraktarbeiter. Die dem Hafenbetriebsverein dienstwillige Presse muß auf Anordnung der berüchtigten „zuständigen Seite" folgenden Waschzettel veröffentlichen:

Der neue Kontrakt der Schauerleute des Hafenbetriebs-Vereins.

Wie uns von zuständiger Seite geschrieben wird, hat sich der Übergang aus dem alten in den gestern in Kraft getretenen neuen Kontrakt ohne Schwierigkeiten vollzogen. Die 1200 Schauerleute, die unter dem alten Kontraktsverhältnis standen, haben mit verschwindenden Ausnahmen den neuen Vertrag unterschrieben. Die Anzahl der Arbeiter, die bis heute nicht unterzeichnet hat, ist geringer, als die monatlich durch Kündigung ausscheidende. Es hat sich also gezeigt, daß die mit Unwahrheiten und Fälschungen arbeitende Gegenagitation gegen den gesunden Sinn der Arbeiterschaft, die die in dem neuen Vertrage gebotenen Verbesserungen richtig erkannt hat, nichts auszurichten vermochte.

Eine Publikation des Reichslügenverbandes könnte nicht dreister und frecher mit der Wahrheit umspringen, als die „zuständige Seite". Wenn der Wolf das Schaf bei der Kehle packt, so bleibt dem Schaf nichts anderes übrig, als „Bäh!" zu schreien, wenn ihm dazu noch Luft genug bleibt. Und wenn der Hafenbetriebsverein die wirtschaftliche Krise dazu ausnutzt, den Kontraktarbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen und dabei von dem „gesunden Sinn der Arbeiterschaft" faselt, die sich diese „Verbesserung" gefallen läßt, dann muß man unwillkürlich an die Geschichte vom Wolf und dem Schaf denken. Was die Unterzeichnung des neuen Kontraktes anbetrifft, so erfahren wir, daß bei der Woermann-Linie nur ein Teil der Kontraktarbeiter unterzeichnet hat, die Mehrzahl aber sich weigert, den Kontrakt zu unterschreiben. Beim Stauer G. Lintz soll noch kein Kontraktarbeiter unterschrieben haben, bei der Liverpooler Gesellschaft nur 16. Außerdem besagt die Unterzeichnung des Kontrakts in recht vielen Fällen gar nichts, da die Unterschrift in einer allen guten Sitten widersprechenden Weise erzwungen worden ist. Die Leute durften den Vertrag nicht einmal lesen, sondern mußten ihn ungelesen unterschreiben! So etwas hat sich bisher selbst das unverschämteste Unternehmertum nicht erdreistet. Ein unter solchen Verhältnissen „abgeschlossener" Vertrag kann von keinem halbwegs anständigen Gericht als rechtsverbindlich erachtet werden.

Kiel. Kriegsgericht. Der Matrose Georg Jörgeleit von der 5. Kompagnie der 1. Matrosendivision wurde heute vom Marinekriegsgericht wegen schweren Einbruchsdiebstahls in 15 Fällen und Fahnenflucht in zwei Fällen zu zehn Jahren Zuchthaus und zur Entfernung aus der Marine verurteilt. Er wurde im Frühjahr fahnenflüchtig und wandte sich nach Essen. Dort raubte er gemeinsam mit dem Verbrecher Heinrich Hömke in wenigen Wochen Waren und bares Geld in einem Gesamtwerte von über 10 000 Mark. Als ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wurde und er nach Holland flüchten wollte, erfolgte seine Festnahme an der Grenze.

Kiel. Die Kieler Stadtkollegien hatten Dienstag einen großen Tag. Die Vertreter der Arbeiterschaft hatten es nämlich an der Zeit gehalten, wieder einmal den Antrag auf Herabsetzung des Wahlzensus von 1200 auf 660 Mark zu beantragen. Den Vertretern der bürgerlichen Parteien sowohl wie den Mitgliedern des Magistrats konnte man es anmerken, daß ihnen die Situation keineswegs behagte. Auf die sachlichen Ausführungen unserer Genossen Rindfleisch, Niendorf, Adler und Cappel antwortete in der Hauptsache der Oberbürgermeister. Der Herr versuchte entschieden in Abrede zu stellen, daß die im Jahre 1897 erfolgte Erhöhung des Zensus und die damit verbundene Rechtlosmachung vieler tausende Arbeiter ein Unrecht gewesen sei. Die Theorie der erworbenen Rechte, so meinte er, greife für politische Rechte nicht Platz. Es sei undenkbar, zu sagen, die vernünftige Willensmeinung aller könne nur erfaßt werden, wenn jeder sein Votum abgibt. Nein, Geschlecht, Alter, Wissen, Besitz usw. bedingten einen Unterschied. Zum Wohl ihrer eigenen Interessen sei die Stadt befugt, ja verpflichtet, in dieser Hinsicht die Grenze zu ziehen. In dem Augenblick, wo man das allgemeine, gleiche Wahlrecht proklamiere, werde die Entscheidung über das Wohl und Wehe der Stadt in die Hand einer Partei gegeben. Es gehe nicht, dem zuzustimmen, dagegen sei er bereit, mit den Sozialdemokraten im Kollegium zusammen zu arbeiten, um eine Annäherung herbeizuführen. Von den bürgerlichen Vertretern sprachen nur die Freisinnigen Niepa und der Landtagsabgeordnete Hoff, die sich beide gegen eine Herabsetzung des Zensus erklären, weil es Herrn Adler und seinen Freunden ja gelungen sei, in die Kollegien einzudringen. Es liege für sie daher keine Veranlassung vor, die große Übermacht, die vorhanden sei, noch zu vergrößern. Der Hirsch-Dunckerianer Herrmann äußerte sich in ähnlichem Sinne und stimmte außerdem ein Klagelied an über den Terrorismus der Sozialdemokraten gegen diejenigen, die bei öffentlichen Wahlen gegen sie stimmen. Der Antrag wurde schließlich mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt. Aus der Debatte ging hervor, daß man an eine Erhöhung des Zensus weniger denkt, sich dagegen mehr für die Einführung der Klassenwahl interessiert. Die Genossen haben daher alle Ursache, bei der nächsten Stadtverordnetenwahl auf der Hut zu sein. — Zustimmung fand an dem Abend der geplante Umbau des städtischen Krankenhauses, ein Projekt, das etwa 4½ Millionen Mark erfordern wird.

Tondern. Hexengeschichten. Vom Schöffengericht Tondern wurde kürzlich ein Bewohner von Mögeltondern, der einen Nachbarn beschuldigte, sein Vieh krank gehext zu haben, wegen Beleidigung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Man sollte nun annehmen, daß der als Hexe Beschuldigte auch in den Augen der übrigen Abergläubigen der Gemeinde als gereinigt dastände. Jedoch weit gefehlt. Eine ganze Anzahl Landleute verbietet dem Mann das Betreten ihrer Stallungen, weil sie befürchten, ihr Vieh könne krank gehext werden. Wie durch Zeugen festgestellt ist, war kürzlich ein sogenannter Hexendoktor im Dorf, der gegen ein „Honorar" von 60 Mk. Rat gegen den Hexenspuk erteilte, oder, wie es richtiger heißen sollte, sich von denjenigen, die nicht alle werden, ihre eigene Dummheit bezahlen ließ.

Schleswig. Weshalb der Regierungspräsident von Schleswig in den Urlaub geschickt worden ist, darüber meldet der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" seinem Blatte: „Der Minister hat offenbar dem Regierungspräsidenten, nachdem das Disziplinarverfahren nicht mehr rückgängig zu machen war, für die Überwachung desselben ganz bestimmte Weisungen gegeben, und diese Weisungen hat der Regierungspräsident aus Gründen, über die man verschieden denken kann, nicht befolgt, ganz besonders nicht befolgt dadurch, daß er die Zeugenvernehmung in Frankfurt, aus der sich das Zeugniszwangsverfahren ergab, nicht verhindert hat. Daraufhin ist er in Urlaub geschickt worden; nicht aus politischen Gründen, sondern einfach wegen Nichtbefolgung ganz bestimmter Weisungen des Ministers."

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Heute morgen starb plötzlich nach schwerer Operation meine liebe Frau, meiner beiden Kinder erster Ehe liebevolle Mutter

Anna Jürs,

geb. Drube,

im 21. Lebensjahre nach 5 Wochen glücklicher Ehe. Tief betrauert von mir, ihren Eltern, Schwiegereltern und Geschwistern.

Krempelsdorf. **Arthur Jürs.**

Die Beerdigung findet von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus statt.

Beginn der Feier 2¾ Uhr.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreiche Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Pastor Ahrens, dem Sozialdemokratischen Verein des Fürstentums Lübeck und der Ortsgruppe Ahrensbök meinen herzlichen Dank.

Minna Ketzner Ww.,

und Kinder.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen anläßlich unserer silbernen Hochzeit danken herzlich.

Karl Köster und Frau.

Ein freundlich möbl. heizbares **Parterre-Zimmer** (sep. Eingang) billig zu vermieten. Lindenstr. 61a, p.

Sofort eine große leere **Stube** nach vorn zu vermieten.

Gerberdesstr. 51a, III.

2 Zimmer-Wohnung

zum 1. Oktober. Glockengießerstraße 3a, I.

Suche zu sofort ein ordentliches

Mädchen bei hohem Lohn.

„Gasthof zur Linde", Schlutup.

Tagesmädchen in gute Stellung sofort gesucht, event. als Aushilfe bis 1. November. Hansastr. 31a, part.

Gesucht zum 1. Oktober eine **2-Stuben-Wohnung** im Preise bis 240 Mk., Stadt od. Burgtor. Offerten unter **K D B** an die Exped. d. Bl.

2 vollständige Betten à 20 Mk. zu verk. Glockengießerstr. 31, Fl. pt.

Zu verk. 1 Kinderwagen, 1 Sportkarre, 1 Trittnähmaschine, 10 gr. Packkörbe St. 40 Pf. Waisenhofstraße 22, II rechts.

Zu verkaufen Schloßkorb, Gesellenkoffer, 1 Tisch, Sportwagen mit Gummireifen. Daselbst ein kl. Dauerbrandofen z. kauf. gesucht. Ritterstraße 3a.

Ein Kaninchen mit Jungen

zu verkaufen. Glandorpstraße 26.

Empfehle diese Woche:

Ausnahmsweise prima junges dickernsettes Rindfleisch Pfd. 60 Pfg., Bratenstücke Pfd. 65 und 70 Pfg., Beefsteak Pfd. 1 Mk., Rollfleisch 80 Pfg., Gulasch 70 Pfg., Gehacktes 70 Pfg., Schweinefleisch 65 Pfg., Bratenstücke und Schinken 70 Pfg., Prima Lamm- und Hammelfleisch Pfd. 75 Pfg., Kalbfleisch 55 Pfg., Keule Pfd. 65 Pfg.

P. Boldt, Schlachterei,

Fernsprecher 753,

Wahmstrasse 22.

Empfehle

Abfallzucker per Pfund 20 Pfg.

Aug. Maaß, Heinrichstraße 18.

Skandnavisk Forening Vikings Afholder Mode hver Lørdag Aften Kl. 9 Borgwardts Hotel Marlesgrube. Enhver som er et Skandinavisk Sprog mægtig indbydes Venligt.

R. F. V.

Empfehlungs-Karten

liefert

Die Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

F. Meyers Schuhwaren-Verkaufhaus

Hüxterdamm 2.

Nur noch kurze Zeit dauert der

Ausverkauf in farbigen und zurückgesetzten Sachen.

Preise teilweise bis zur Hälfte ermäßigt.

Werkstatt für gute Maß- und Reparaturarbeit.

Gebe rote Rabattmarken.

Appetitlich, nahrhaft und bekömmlich

sind die Haupterfordernisse aller Nahrungsmittel! Diese Eigenschaften besitzen in hohem Masse die Margarine-Marken

„Siegerin" u. „Mohra"

die aus feinsten landwirtschaftlichen Produkten, welche einer ständigen staatlichen Kontrolle unterliegen, hergestellt werden. In allen einschlägigen Geschäften käuflich.

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Akt.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Kronsbeeren

zum Einmachen

à Pfund 20 Pfg., 5 Pfd. 90 Pfg.

C. Heese, L. Jacobsen Nachf.

Meierstraße 26a. — Fernsprecher 1440.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,68—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Knaben-Anzüge werden angefertigt

Lützowstr. 21, H. part.

„Adler"-Brauerei Lübeck

F.: 693.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 4. Sept.,

abends 8½ Uhr,

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht der Tarifkommission.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinenten-Bund.

Versammlung

am Freitag, den 4. September,

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Turn-Verein Stockelsdorf u. Umgegend.

Einladung zum

Sommer-Fest

am Sonntag, den 6. Sept.

verbunden mit Schauturnen auf d. Marktplatze.

Abmarsch 3 Uhr vom Vereinslokale des Herrn **Dose, Fackenburg.** Daselbst: **Ball.**

Anfang 7 Uhr. Ende morgens.

Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg.

Umliegende Vereine sind freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Einladung zum

ERNTEBIER

der sämtlichen Arbeiter

am Dienstag, den 8. Sept.,

im Lokale des Herrn Griesbach, „Adlershorst".

Anfang 4 Uhr. Ende morgens.

Um 9, 11 und 1 Uhr Quadrille.

Eintritt eine Mark.

Hierzu laden freundlichst ein die diesjährigen Schaffer **Rud. Schläger, Heinr. Wulf.**

Großer Erntetanz

am Sonntag, den 6. Sept.

Anfang nachmittags 4 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

G. Sternberg Ww., Rensefeld.

Sonntag, den 6. September:

Großes

Hunderennen

in Israelsdorf

auf der Wiese von H. Wendt.

Kassenöffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Während des Rennens:

Großes Konzert.

Nach dem Rennen in allen Lokalitäten: **Tanzkränzchen.** Abends: **Gr. Illumination.**

Karten im Vorverkauf in den Zigarrengeschäften von **Carl Lohmann,** Holstenstr. 41, **Hugo Becker,** Breitestr. 75, **John Jacobsen,** Gr. Burgstr. 7.

Hansa-Theater

Telephon 384.

Gastspiel

Job-Classen.

Heute

und folgende Tage:

Anfang punkt 8 Uhr.

Der größte Schlager!

Der Mann mit dem Fimmel.

Tränen werden gelacht!

Vorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.

Freitag: 91. Abonnem.-Vorstellung.

Benefiz **Elly Fahrbach.**

Gastspiel Frau **Dr. Fuchs-Brandt.**

Operetten von Jacques Offenbach.

Hanni weint, Hannsi lacht.

Die Verlobung bei der Laterne.

Zum Schluß:

Das Fest der Handwerker.

Posse in 1 Akt von Angely.

Anfang 8 Uhr.

Sonnabend: **Jeder Platz 50 Pfg.**

Johannisfeuer.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 206. Donnerstag, den 3. September 1908. 15. Jahrg.

Mit dem preußischen Volksschulunterhaltungsgesetz unzufrieden

ist man in konservativen Kreisen. In der agrarischen „Ostpreußischen Zeitung" nimmt ein konservativer Gutsbesitzer von Korniggsegg-Postehenen das Wort und meint, daß dem Volksschulgesetz ein großer Mangel anhafte, daß für manche Schulverbände fast alle Vorteile wieder aufgehoben würden. Dann sagt er wörtlich:

„Die Königliche Staatsregierung hat das Recht erhalten, ausnahmsweise die Schulverbandsvorsteher zu ernennen . . . . . Soweit mir bekannt, haben die alten Schulvorsteher erwartet, auch wieder zu Verbandsvorstehern ernannt zu werden. In den meisten Kreisen aber sind fast sämtliche alten Schulvorsteher nicht mehr ernannt, sondern durch Lokalschulinspektoren ersetzt worden. — Das neue Gesetz verpflichtet die Schulverbände, die Verbandsvorsteher zu honorieren, und ist in einzelnen Kreisen dieses Honorar auf 100 Mark und mehr festgesetzt worden. Da nun die einzelnen Ortsschulinspektoren wohl an 10 Schulen und mehr Verbandsvorsteher sind, so bedeutet das neue Gesetz weiter nichts als eine Erhöhung der Pfarrgehälter auf Kosten der schon so schwer belasteten ländlichen Schulverbände.

Der Artikelschreiber schildert nun, wie er und seine Vorfahren stets Schulvorsteher gewesen seien und er teilt mit, daß ihm nunmehr das Amt abgenommen worden ist. Er fragt: warum? und schreibt:

Ich wohne im Schulort, kann die wirtschaftliche Unterhaltung kostenlos im Auge behalten, habe als Unterhaltungspflichtiger das größte Interesse, die Schulbauten usw., ordnungsmäßig zu unterhalten, bin durch meinen Beruf Sachverständiger in allen wirtschaftlichen Fragen, habe meine eigenen Handwerker zur Verfügung und muß es mir gefallen lassen, daß ein Geistlicher, der wohl kaum ein Bausachverständiger sein kann, als Leiter des Schulverbandes eingesetzt wird, und ich ihn obendrein noch bezahlen muß. Wenn der Herr Verbandsvorsteher seine Obliegenheiten wahrnehmen will, muß die Gemeinde noch Fuhrkosten bezahlen, da er über drei Kilometer von der Schule entfernt wohnt. In den acht Jahren, in denen ich Vorsitzender gewesen bin, habe ich mich ohne zeit- und geldraubende Sitzungen mit den Besitzern von Bethkeim über die Ausgaben verständigt, und genügte meistens ein kurzes Telephongespräch. In diesen drei Monaten seit Bestehen des Gesetzes sind aber schon drei Sitzungen anberaumt, die jedesmal Kosten verursacht haben. Der Herr Verbandsvorsteher verlangte, daß wir ihm einen großen Etat bewilligen sollten, der ja auch von der Königlichen Regierung gefordert wird. Der Schulverband lehnte den Etat ab, damit wir den Verbandsvorsteher zwingen, uns in jedem Falle zu befragen, und unser sauer geworbenes Geld nicht unnütz verausgabt werden kann.

Noch krasser liegt der Fall in der Schule Kloschenen, zu der nur noch das Gut Kukehnen gehört. Der Besitzer von Kloschenen ist ebenfalls nicht mehr ernannt, sondern der Pfarrer in Böttchersdorf, der über 10 Kilometer entfernt wohnt.

Ich wünschte als konservativer Mann der Kirche vollen Einfluß, speziell beim Religionsunterricht, der ihr durch die geistliche Schulaufsicht voll und ganz gewährt ist. Ich vermag aber nicht den Zweck einzusehen, daß die Geistlichen auch da, wo bisher andere Schulvorsteher die äußeren Schulangelegenheiten unentgeltlich gut besorgt haben, auf Kosten der Schulverbände zu Schulverbandsvorstehern ernannt werden."

Die Ausführungen des Agrariers sprechen für sich selbst. Daß der Pfarrer die Kinder der Arbeiter zur Demut und Entsagung erzieht, findet seinen vollen Beifall. Wenn aber der Geistliche an seine Stelle gesetzt wird und darauf achten soll, daß die Schule auch im ordnungsmäßigen Zustande erhalten bleibt, so erregt dies den Zorn des Junkers, weil ihm diese Geschichte Geld kostet. Und für die Schule Geld auszugeben, betrachtet er nicht als seine Aufgabe. Nun, er mag sich trösten; die Geistlichen werden auf die Agrarier schon Rücksicht nehmen; sie werden es sicher nicht mit ihnen verderben, sodaß ihr Geldbeutel keine allzugroße Einbuße erleiden wird.

Von der Heilsarmee.

Nicht ohne Interesse dürften nachfolgende Mitteilungen eines ehemaligen hiesigen Lokal-Offiziers der Heilsarmee sein. Er schreibt uns folgendes:

Im September 1905 besuchte ich in Begleitung eines Freundes die Versammlung der Heilsarmee. Ein Unfall, durch welchen ich Invalide geworden war, sowie der Tod meiner beiden ältesten Kinder durch Unglücksfälle hatten mich tief erschüttert. Die Versammlung machte einen faszinierenden Eindruck auf mich, sodaß ich fast alle Abende hinging. Bald befand ich mich in einer Art Suggestion. Alle Vorstellungen der Freunde und Familienmitglieder, von dem Werke zu lassen, waren vergebens. Kam die Zeit der Versammlungen, so wurde ich von einer diabolischen Macht dorthin getrieben. Ich wurde Rekrut, Soldat und nach einem halben Jahr Lokal-Offizier. Als Mitglied war auch ein junger Mann von 17 Jahren, der gegen den Willen seiner Mutter die Versammlungen besuchte, dort tätig. Er opferte sich vollständig diesem Werke und mußte dafür Hohn und Spott auf sich nehmen. Von den Offizieren aber wurde er ausgebeutet. Man benutzte ihn dort des Nachts zum Kriegsruf-Verkauf sowie zu häuslichen Arbeiten. Er war gleich mir ein willenloses Werkzeug. Oft sträubte sich mein Inneres gegen die dortigen Vorgänge. Eines Abends wurde dem jungen Menschen seitens der Kapitänin eingeredet, wenn er seinen Rock über den Kopf hänge und durch den Ärmel sehe, würde er einen Kometen erblicken. Der junge Mann folgte. Nun goß die Kapitänin dem Ahnungslosen durch den hochgehaltenen Ärmel einen Topf Wasser ins Gesicht. Ein andermal brach die Kapitänin, während der junge Mann betete, in ein schallendes Gelächter aus. Auf unsere erstaunte Frage wurde uns die Antwort: „Ich dachte gerade an etwas." Manche andere Enttäuschung gaben dem jungen Manne wohl Veranlassung, von der Versammlung fern zu bleiben. An Stelle der beiden jungen Mädchen kamen bald zwei junge Männer als Offiziere nach hier, welche in aufopfernder Liebe für dieses Werk arbeiteten. Jedenfalls konnten aber dieselben nicht die Einnahme erzielen wie die Mädchen vorher und wurden nach kurzer Zeit wieder versetzt. Die nunmehr folgenden Mädchen traten in die Fußtapfen der früheren weiblichen Offiziere. Zu dieser Zeit kam ein Arbeiter N. in die Versammlung. Auch er war bald gefangen. Der allabendliche Besuch der Versammlungen seinerseits führte zu ehelichem Zwist, welcher schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Da der Mann nicht von der Armee fernbleiben konnte, verschwand er eines Tages von hier, tauchte zunächst in Lüneburg, dann in Hamburg in der Heilsarmee auf, während die Frau monatelang im hiesigen Krankenhause am Lungenleiden lag, und die Kinder Aufnahme im hiesigen Hospital gefunden haben sollen. Nach mancherlei traurigen Vorgängen, welche ich hier nicht wiedergeben will, sah ich mich veranlaßt, meinen Austritt zu erklären. Hatte ich gehofft, nunmehr von dem Einflusse dieses Werkes frei zu sein, so war ich getäuscht. Es zog mich immer wieder zu den Versammlungen. Die Offiziere wechselten des öftern. So lernte ich auch eine Kapitänin kennen, die bewies, daß sie ein Herz für Arme und Kranke hatte. Eines Tages war sie jedoch von hier abgereist. Auf mein Nachfragen wurde mir mitgeteilt, daß sie in einer anderen Missionsarbeit tätig sei. Ich benutzte eine Gelegenheit, sie über den Austritt zu befragen. Sie teilte mir mit, eine im Werke erkrankte Freundin habe bei ihr Zuflucht und Heilung gesucht. Da habe sie sich mit der Bitte an das Hauptquartier gewandt, ihr dies zu gestatten, jedoch wurde sie abschlägig beschieden. Auf eine weitere Bitte um Ablösung von ihrem Posten, ist der Major nach hier gekommen und hat die kranke Freundin aufgefordert, in fünf Minuten das Quartier zu verlassen. Trotz Weinen und Bitten der Mädchen wurde die von Brustkrämpfen befallene Freundin hinausgesetzt. Sie hat dann Aufnahme im Evangelischen Vereinshause gefunden. Einige Tage darauf sind dann beide als Schwestern in jene Missionsgesellschaft gegangen, woselbst sie freundliche Aufnahme fanden. Nun wurden verheiratete Offiziere nach Lübeck versetzt. Durch diesen Leutnant, der ein besonderes Redetalent besitzt, wurde auch ich veranlaßt, wieder einzutreten und auch bald zum Korps-Sergeant-Major befördert, welches Amt mir neue Pflichten auferlegte. So war mir der Besuch eines kirchlichen Gottesdienstes nur mit Genehmigung der Offiziere gestattet. Am 26. März 1908 eröffnete nun die Heilsarmee in meinem Hause ein Heim für Obdachlose. Seitens der Heilsarmee wurde eine Druckschrift von 20 000 Exemplaren verbreitet, die die Gründung dieses Heimes bekannt gab und die Bevölkerung zur Mildtätigkeit aufforderte. Alle Gaben waren an die Offiziere zu richten. Nach längeren Besprechungen mit dem hiesigen Vertreter der Heilsarmee, Leutnant W., erklärte ich mich bereit, mein Brotfuhrgeschäft aufzugeben und die Hausvaterstelle zu übernehmen. Als Entschädigung für unsere Arbeitsleistung, als Verwaltung des Heimes, Waschen und Kochen für die Heiminsassen, sowie nächtlichen Kriegsruf-Verkauf, sollten meine Frau und ich je 6 Mk. in bar und 20 Kriegsrufe pro Woche erhalten. Ferner verpflichtete ich mich, zur Instandsetzung des Heims vorschußweise Auslagen bis zu 300 Mk. zu machen. Bald waren die vorhandenen Betten besetzt. Es fanden sich nicht nur obdachlose Männer, sondern auch Frauen und Kinder wurden als Obdachlose in besonderen Räumen beherbergt. Nachdem die Auslagen 300 Mk. überschritten hatten und der Leutnant noch weitere Anschaffungen, wie Flagge, Telephonanlagen 2c. beabsichtigte, mir jedoch noch kein Pfennig Entschädigung gezahlt war, sondern ich auf meine Fragen stets damit getröstet wurde, die Rapporte würden täglich erwartet, weigerten wir uns, weitere Auslagen zu machen. Nunmehr zog sich die Heilsarmee zurück und ließ mich mit dem Heim und seinen Obdachlosen sitzen.

Es wurde seitens der Heilsarmee in Lübeck und Umgegend fortdauernd kollektiert, doch kein Pfennig dem Heim zugeführt. Meine schriftlichen Beschwerden an das Hauptquartier in Berlin blieben jedoch ohne Erfolg. Mittlerweile waren die Zustände in dem hiesigen Korps der Heilsarmee die denkbar traurigsten geworden. Die Klatschsucht der Offiziere führte zu Szenen unter den Mitgliedern, wie sie wohl in keinem christlichen Werke vorkommen dürfen. Ein junger, obdachloser Mensch, der das Heim heimlich verlassen und einen schlechten Charakter gezeigt hatte, wurde trotz meiner Warnung zum Soldaten befördert und für die Offiziersschule der Heilsarmee vorgeschlagen. Bald darauf verschwand er aber, nachdem er zwei hiesige Kaufleute um Geld beschwindelt hatte und diente in Hamburg der Heilsarmee weiter. Der Leutnant verweigerte jedoch jegliche Auskunft über den ihm bekannten Aufenthalt des jungen Menschen. Ein im denkbar traurigsten Zustande befindliches Mädchen von 15 Jahren wurde von den Offizieren

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(40. Fortsetzung.)

Oskar von Pick blieb allein zurück. Er sah ihr erst, so lange er ihr mit den Augen folgen konnte, nach; dann aber setzte er sich auf die dicht daneben angebrachte Bank, schlug ein Bein über das andere, stützte den rechten Ellbogen auf sein Knit, sein Kinn in die Hand, pfiff leise und in tiefen Gedanken ein kleines Lied vor sich hin, wobei er den emporgehaltenen Fuß auf und ab schnellte, und sagte endlich mit halblauter überlegener Stimme:

„Hm, so weit wären wir, mein alter Junge, verdammt nettes Mädchen, drall und rund und frisch von Geist und Körper, und der Alte hat Geld! Aber wovon heiraten? Wenn die Kohlenspekulation richtig einschlüge und das Mehl jetzt auf einmal recht tüchtig im Preise stiege, wär's keine Not, habe in dieser Zeit verschiedene Eisen im Feuer. Donnerwetter, ein spekulativer Kopf kann auch ohne Kapital seine Renten aus diesem tollen Gewirr von australischem Leben ziehen, wenn er's nur gerade gescheidt und im richtigen Moment anzufassen weiß, aber eine mißliche Sache bleibt die Geschichte doch! — Ist mir ein klein wenig zu früh über den Hals gekommen — hm — hm — hm — und der Alte ist gerad' einer von den richtigen dickköpfigen deutschen Bauern, die sich hier nun gar in Australien wunder 'was denken und einbilden, weil sie sich mit ihren Fäusten die harten Taler aus dem Lande herausgeschlagen haben. Hätten eigentlich alle Stiere werden sollen, denn andere Arbeit erkennen sie nicht an. Der Dickkopf wird zäh wie Leder sein, ich kenne schon seine Art und Weise. — Mit der Frau wäre schon besser fertig zu werden, dumme gute Trine! — Und wenn er nun wirklich Ja sagte und nachher nichts herausrückte? — Bah!" unterbrach er seine eben nicht angenehmen Betrachtungen, „die Kohlengeschichte wird mir da helfen, kam genau zur rechten Zeit. Da kommen wir zusammen," setzte er mit einer Bewegung des Geldzählens hinzu, „und wo der Bauer Gewinn wittert, läßt er sich um den Finger wickeln. Aber jetzt kann es nichts mehr helfen, A hab' ich einmal gesagt und nun kommt B., und mit dem Alten, ei zum Henker, mit dem muß ja doch auch wohl fertig zu werden sein."

Er drückte sich den Hut fest in die Stirn, legte die linke Hand auf den Rücken, schob die Rechte vorn in seinen Rock und ging erst noch eine ganze Weile, wie um seine Gedanken zu sammeln, hinter der Olivenhecke auf und ab, bis er, endlich mit sich im reinen, Susannen folgte und den Weg nach dem nur durch den Hof von dem Garten getrennten Hause einschlug.

18.

Gotthelf Lischke.

Gotthelf Lischke war ein Mann, der sich wohl in der Welt befand, und wenn die Nachbarn behaupteten, er habe sich „einen hübschen Taler Geld" gespart, so war das eine Sache, auf die er nie etwas erwiderte und nur vielleicht still und selbstvergnügt dabei vor sich hinlächelte — wußte er doch genau, daß sie recht hatten. Gestalteten sich aber auch seine Vermögensumstände besser mit den Jahren, so ließ er sich das in seiner übrigen Einrichtung gewiß nicht merken. So oft seine Frau auch an ihm arbeitete und bohrte, sich doch ein klein wenig mehr auszubreiten und den Leuten wenigstens zu zeigen, daß sie gerade nicht nötig hätten so zu arbeiten, wie es eben geschah, so schüttelte er immer nur lachend mit dem Kopf und sagte: „Laß Du die nur schnacken, Katharine. — Wenn wir nichts hätten, die gäben uns auch nichts, und da kann es uns auch ganz einerlei sein, was sie von uns reden."

Wer damit nicht einverstanden schien, war freilich nun Frau Katharine Lischke, und sie fing dann immer wieder von vorn an; „sie hätten's aber nun doch einmal, und was andere könnten, könnten sie deshalb auch."

„Eben weil wir's könnten und nicht tun," sagte er dann wohl, „rücken wir ununterbrochen vorwärts und schneller als die anderen, und weil sie das merken, ärgern sie sich und reden sie darüber."

Nur wenn sie von „ihrem Stand" anfing (was übrigens sehr selten und nur dann geschah, wenn ihr die Galle ein wenig überlief), wurde er böse. „Deinen Stand?" rief er dann wohl und stemmte die Arme in die Seite, „was hast du denn für einen Stand, heh? eine Bauersfrau bist Du, die Frau des Blechschmids Gotthelf Lischke, und damit Punktum, verstanden?" und damit hatte die Sache dann gewöhnlich ein Ende, denn Katharine wußte auch aus Erfahrung, daß ihr Mann in dem Thema, so gut er sonst auch sein mochte, ganz entsetzlich grob werden konnte.

Frau Lischke hatte freilich einen ganz anderen Charakter als ihr Mann. Fleißig und arbeitsam zum äußersten, gerade wie er, ließ sie es in allem, was sie zu besorgen hatte, gewiß an nichts fehlen, und ihrer Sparsamkeit und Ausdauer verdankte Lischke sehr viel mit, daß er ebenso rasch in Australien vorwärts gekommen war. Das wußte er auch recht gut und ließ ihr deshalb manches andere eben hingehen. Sonst aber konnte sie sich garnicht mit der bis zur Spitze getriebenen Einfachheit ihres Mannes befreunden, und hörte sich am liebsten — was ihr jedoch nur in sehr seltenen Fällen widerfuhr — Madame titulieren. Trotz ihrer sonstigen unendlichen Gutmütigkeit und Herzensgüte stak ihr der Hochmutsteufel doch ein wenig im Kopfe, und ihr ganzer Stolz konzentrierte sich deshalb, da sie ihn an sich leider nicht auslassen durfte, auf ihrem einzigen Kinde, ihrer Tochter Susanna.

Susanna war, wie ihr niemand mehr zu sagen brauchte, ein sehr hübsches Mädchen, in dem die Mutter — wie diese nur zu häufig bemerkte — ihre ganze Jugend wieder aufblühen sah. Jeder Unterricht, den sie in dieser etwas abgelegenen Gegend erhalten konnte, war ihr deshalb auch geworden, und da der alte Lischke hiergegen nie etwas eingewandt, sondern zu solchem Zwecke sein Geld mit Freuden hingegeben, hatte sie eine allerdings über ihren Stand reichende Bildung genossen, deren Folgen der Alte, jetzt freilich etwas zu spät, abzuwenden suchte. Die Mutter dagegen baute eben auf dieses Selbstbewußtsein der Tochter die ganze Hoffnung für eine spätere glückliche Zukunft, und es läßt sich denken, welchen Einfluß sie mit diesen Gesinnungen auf das Herz der Jungfrau ausübte. Der Vater verlor dabei, ohne daß er es eigentlich recht merkte, immer mehr Fahrwasser, und die Frauen waren ihm, trotzdem daß er der Herr des Hauses zu sein glaubte, in dieser Hinsicht doch schon weit über den Kopf gewachsen.

Das Innere von Lischkes Wohnung entsprach seinem ganzen übrigen Charakter. So einfach und altherkömmlich er in seinem ganzen Wesen war, so hatte er auch seine Wohnung eingerichtet, die sich in gar nichts von einer der gewöhnlichen kleinen Bauernhäuser unterschied. Nur das Strohdach war erst im vorigen Jahre einem neuen von Ziegeln gewichen, sonst hatte er alles in der einfachsten Weise gebaut und eingerichtet. Die Möbel im Innern waren von schlichtem, braunlackiertem Holz, der Fußboden blank gescheuert und mit Sand bestreut, die Fenster, zum Leidwesen Frau

in Uniform gesteckt und zum nächtlichen Kriegsrufverkauf verwendet. Eine hierüber an das Hauptquartier gerichtete Beschwerde blieb unberücksichtigt. Tief unglücklich und zum Verlassen ihres Ehemannes getrieben wurde eine Frau durch die Bekehrung ihres Mannes zur Heilsarmee. Wohl ist die Frau durch gerichtliches Einschreiten zurückgekehrt, doch blieb das häusliche Glück gestört. Ich selber verdanke es dem gesunden Verstande meiner Frau, daß nicht unter dem Einflusse der Heilsarmee mein Familienglück in Trümmer gegangen ist, da diese, gewarnt von vielen Seiten, gegen ihre Überzeugung mir in dem Werke folgte. Vor etwa zwei Jahren wurde in Berlin ein Verein ehemaliger Offiziere der Heilsarmee gegründet und eine Broschüre, betitelt „Hinter den Kulissen der Heilsarmee", herausgegeben, ein Beweis, daß auch dort traurige Zustände herrschen. Vor einigen Tagen wurde mir aus Sachsen ein Zeitungsausschnitt gesandt, daß in Zittau in Sachsen der gesamte Kirchenvorstand beim Stadtrat Schritte gegen die Heilsarmee einleiten werde. Desgleichen wird auch in andern deutschen Städten Stellung gegen die Heilsarmee genommen, ein Beweis, daß man die schädlichen Einflüsse dieses englischen Systems auf unser deutsches Volk bereits erkannt hat. Die schreiende Reklame über soziale Arbeit der Heilsarmee werden nie durch öffentliche Abrechnungen der Einnahme und Ausgaben dem Publikum klar gelegt. In den Organen der Heilsarmee werden diese Anstalten als Musterheime hingestellt, jedoch hatte ich in letzter Zeit Gelegenheit, einen Einblick in die traurigen Verhältnisse eines solchen zu tun. Auch in dem von mir verwalteten Heime wurde anfangs verlangt, die Beköstigung pro Mann und Tag für 40 Pfennige herzustellen, welches ich als unmöglich ablehnte, da diese Leute von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr für ihr Essen und Schlafen arbeiten mußten, ohne weitere Entschädigung zu erhalten. Bezeichnend ist ferner, daß ein dem Werke hierselbst geschenkter Krankenfahrstuhl von den Offizieren wieder verkauft wurde, anstatt Armen damit zu dienen. Das jüngste Opfer ist wiederum ein junger Mann, der gegen den Willen seiner Mutter, einer Witwe, im Werke tätig ist.

Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, für die Zukunft Abhilfe zu schaffen und bei dem fortdauernden Sammeln von Geldern auch einmal einen Nachweis über deren Verbleib zu verlangen. Vorstehende, sowie noch andere Mißstände in der hiesigen Heilsarmee haben wir in den Briefen vom 23. 5., 29. 5., 3. 6., 7. 6., 10. 6., 21. 6., 3. 7. den leitenden Stellen wie auch dem Kommandeur persönlich durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt, doch keine Antwort erhalten und müssen wir demnach annehmen, daß dort alle Handlungen der Offiziere gebilligt werden und geben daher jetzt diese Zeilen an die Öffentlichkeit.

Soziales und Parteileben.

Zum Streik der Rohrleger und Helfer in Berlin. Der im Jahre 1905 abgeschlossene Tarif für das Rohrlegergewerbe Berlins und Umgegend ist zum 1. September dieses Jahres abgelaufen. Durch die im Jahre 1906 gegründete Sonderorganisation der Rohrleger und Helfer, genannt der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband, hatte sich ein Teil der Kollegen dazu verführen lassen, aus ihrer bisherigen Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiterverband, auszutreten. Eine Anzahl dieser Kollegen hat aber im letzten Jahre ihren damaligen Fehler bereut und ist zu der eigentlichen Organisation zurückgekehrt. Trotzdem hat der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband (dessen Vorsitzender der frühere zweite Bevollmächtigte Wiesenthal von der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist) noch einen Anhang unter den Berliner Rohrlegern und Helfern. Der Arbeitgeberverband im Rohrlegergewerbe hat nun die für ihn günstigen Verhältnisse, welche durch die Zersplitterung unter den Rohrlegern und Helfern entstanden sind, dazu benutzt, die bestehenden Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Als die Vertreter der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger und Helfer vergeblich versucht hatten, die Vertreter des Arbeitgeberverbandes für eine Verbesserung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranlassen, machten sie im Interesse des Friedens den Vorschlag, daß die Arbeitgeber ihre Tarifkündigung zurückziehen, damit der gegenwärtige Tarif bis zum 1. September 1909 weiter besteht. Die Vertreter der Arbeitgeber wollten erst mit ihren Auftraggebern Rücksprache nehmen. Das Resultat dieser Rücksprache war, daß die Arbeitgeber den Vertretern der Arbeitnehmer einen Tarif zur Anerkennung unterbreiteten, welcher eine Verschlechterung für die Arbeiterschaft bedeutete. Keinen Pfennig Lohnerhöhung; der Lohn und die Arbeitszeit für auswärtige Arbeiten sollten der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen bleiben. Alle Versuche, die Unternehmer zur Zurücknahme dieses „Tarifs" zu bewegen, waren vergeblich. Man war sich darüber in Arbeitnehmerkreisen klar, daß dieser Tarif unmöglich von den Kollegen angenommen werden konnte. Doch nun geschah das Unerwartete. Die Vertreter vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, in erster Linie deren Vorsitzender Wiesenthal, erklärten sich bereit, diesen Tarif der Arbeitgeber den Rohrlegern und Helfern, welche ihrem Verband angehören, zur Annahme zu empfehlen. Während nun eine Versammlung, welche von dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Verband der Kupferschmiede und dem Zentralverband der Schmiede einberufen war, mit 701 gegen 107 Stimmen beschlossen hat, angesichts der Haltung der Unternehmer die Arbeit am 1. September niederzulegen und dadurch die Arbeitgeber zu veranlassen, den Kollegen mehr entgegenzukommen, beschloß eine Versammlung der Rohrleger und Helfer vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, die Vorlage der Arbeitgeber anzunehmen, und zwar auf Vorschlag von Herrn Wiesenthal. So ist es Tatsache, daß ein Teil von den Berufskollegen streiken, ein anderer Teil als Unternehmertruppe sich betätigen wird. Dieselben Leute, allen voran Herr Wiesenthal, welche dem Deutschen Metallarbeiterverband Angst und Furcht vor dem Unternehmertum vorgeworfen haben, zeigen jetzt, daß sie, nur um Gnade vor den Augen der Unternehmer zu finden, jedem Anerbieten derselben zustimmen, gleichviel ob es eine Verschlechterung für die Arbeiterschaft bedeutet oder nicht. Ohne einen Widerstand zu versuchen, ohne daran zu denken, das Bestehende zu verteidigen, sind Wiesenthal und Genossen über den Stock gesprungen, den ihnen die Unternehmer hingehalten haben. Ob alle Mitglieder dieses Verbandes diesen Verrat mitmachen werden, wissen wir nicht. Das wird sich erst in den nächsten Tagen herausstellen. Sollte dies der Fall sein, dann war alles Gerede dieser Leute eitel Heuchelei. Dann ist es bewiesen, daß ihre Behauptungen, sie wären radikaler und viel kampfesfreudiger als die Mitglieder der Zentralorganisationen, nichts als Lug und Trug gewesen ist. Die Rohrleger und Helfer, welche, gezwungen durch die Haltung der Arbeitgeber, den Kampf aufnehmen müssen, werden ihre Stellung verteidigen, trotz des Verrats seitens der eigenen Arbeitsgenossen und trotz des Übermutes der Unternehmer. Alle organisierten Arbeiter werden ersucht, die um ihr Recht kämpfenden Rohrleger und Helfer zu unterstützen, indem sie die Aufklärung über die Ursachen und die Berechtigung dieses Streiks in die weitesten Kreise tragen. Den in der Provinz wohnenden Kollegen geben wir hiermit bekannt, daß Berlin für Heizungsmonteure, Rohrleger und Helfer gesperrt ist. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden hiermit um Dachdruck versucht. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin. Verband der Kupferschmiede, Filiale Berlin. Zentralverband der Schmiede, Filiale Berlin.

Die Krisis. In Münster im Elsaß wird in der Weberei der Firma Hartmann, die die ganze Gegend beherrscht, von dieser Woche ab vom Freitag bis Montag nicht mehr gearbeitet. Das Lager ist voll besetzt. Bestellungen liegen wenige vor. Für die Arbeiter, deren Löhne an sich nicht hoch waren, steht eine schlimme Zeit bevor.

Internationaler Transportarbeiter-Kongreß. In voriger Woche trat im Festsaale der Handelskammer zu Wien der VI. Internationale Transportarbeiterkongreß zusammen. Vertreten waren zwölf Länder durch 47 Delegierte, davon waren aus Österreich 16, Deutschland 10, Böhmen 1, Belgien 1, Ungarn 1, Italien 2, Amerika 1, England 4, Frankreich 3, Schweden 4, Finnland 1, Dänemark 2, Bulgarien 1. Außerdem waren als Gäste für noch nicht angeschlossene Organisationen vertreten englische Hafenarbeiter 1, ungarische Eisenbahner 1, russische Eisenbahner 1, schweizerische Lokomotivführer 1, belgische Lokomotivführer und Heizer 2 Delegierte. Für die Landeszentrale der norwegischen Gewerkschaften war anwesend Genosse Puntervold, für die I. T. F. der Sekretär Genosse Jochade. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Grüll-Österreich und Guerard-Paris. Namens der Gesamtpartei sowie des sozialdemokratischen Abgeordnetenverbandes hieß Reichsratsabgeordneter Genosse Tomschik, namens der Gewerkschaftskommission Österreichs Genosse Hueber die Delegierten herzlichst willkommen. Dem hierauf gegebenen Bericht des Genossen Jochade ist zu entnehmen, daß die I. T. F. in den letzten zwei Jahren große Fortschritte machte. Am 1. Juni 1906 bestand sie aus 22 Organisationen mit 207 231 Mitgliedern, am 1. Juli 1908 jedoch zählte sie 44 Organisationen mit 496 620 Mitgliedern. Auch die Kassenberichte haben sich in gleich günstiger Weise weiter entwickelt. Im übrigen verwies Redner auf einen vorliegenden gedruckten Bericht. Im Anschlusse an diesen Bericht entspann sich eine äußerst lebhafte Diskussion, an der sich hauptsächlich die Delegierten Hudson-London, Sexton-Liverpool, Furuseth-San Franzisko und Bell-London beteiligten. Anläßlich des letzten Hafenarbeiterstreiks hatte, wie erinnerlich, England große Massen von Streikbrechern nach Deutschland geliefert, und auf Vorhalt durch die beteiligten Gewerkschaften sollen die englischen Gewerkschaften nur sehr lässige Gegenmaßregeln ergriffen haben. Deshalb war ihnen in dem internationalen Bericht der Vorwurf der „Vogelstraußpolitik" gemacht worden. Gegen diesen Vorwurf erhoben die englischen Delegierten entschiedenen Protest, welchem Protest sich insbesondere auch Lindley-Schweden anschloß. Im Gegensatz zu Furuseth, Bell, Hudson und Lindley vertrat jedoch Sexton den Standpunkt, daß bei gutem Willen hätte schon mehr geschehen können. Die Delegierten Hudson und Bell konnten vielleicht in ihrer Eigenschaft als Parlamentsmitglieder nicht so frei reden, er sei aber an solche Rücksichten nicht gebunden und müsse sagen, daß durch Parlament und Regierung hätte mehr geschehen können. — Döring-Hamburg wandte sich entschieden gegen die Engländer. Sie hätten ihre Pflicht nicht getan. Schon als sogar die bürgerliche Presse in England gegen die Ausschiffung der Streikbrecher protestierte, haben die englischen Gewerkschaftsführer getan, als wüßten sie garnichts. Das sei nichts anderes als Vogelstraußpolitik. Wenn jedoch die Engländer diesen Ausdruck als Beleidigung auffassen, so wolle er gerne konstatieren, daß es nicht so gemeint gewesen sei. — Bell und Hudson geben sich mit dieser Erklärung zufrieden, während Ben Tillet eine offizielle Zurücknahme dieses Ausdruckes durch die Zentralleitung der I. T. F. verlangt. — Müller-Hamburg weist die Anmaßung Ben Tillets ganz entschieden zurück. Ben Tillet ist nicht als Delegierter, sondern als Gast anwesend und mißbrauche sein Gastrecht in noch nie dagewesener Weise. — Döring-Hamburg erklärt nochmals, daß, wenn die Engländer den Ausdruck als Beleidigung empfunden haben, er ihn zurücknehme. In Deutschland werde aber für ein derartiges Verhalten der Ausdruck gebraucht. Der Zwischenfall ist damit erledigt und wird der Bericht einstimmig gutgeheißen. — Lindley-Schweden erstattet hierauf sein Referat zum dritten Punkt der Tagesordnung: Die Pläne der international vereinigten Reeder und welche Abwehrmaßregeln sind dagegen zu treffen?

„Am Ruhetag braucht man auch nicht zu essen." Diesen Grundsatz findet man des öfteren in den Berufen vertreten, in denen der Kost- und Logiszwang noch die Überhand nimmt. In überaus vielen Fällen kann festgestellt werden, daß die Arbeitgeber des Sonntags keine Kost oder nur einen Teil derselben den Arbeitern geben. Wollten wir schon anerkennen, daß die Frau Meisterin des Sonntags sich gern auf ihre Familie beschränkt, daß ihr das zweierlei Kochen zuviel Mühe macht, so müßte aber doch auf der anderen Seite eine Entschädigung stattfinden. Diese findet jedoch in den allerseltensten Fällen statt. Sogar für die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhetage im Gastwirtsgewerbe versucht man das Kostgeld in Abzug zu bringen. Das Münchener Gewerbegericht hatte jüngst wieder einen typischen Fall, der nebenbei auch die Unhaltbarkeit der jetzigen Fassung des § 115 der Gewerbeordnung zeigte. Bei der dortigen großen Firma F. waren die Kellner in den Streik getreten. Die Firma strengte hierauf gegen 46 Kellner die Anklage wegen Kontraktbruchs an. Der Kontraktbruch konnte nicht bestritten werden, jedoch mußten die Gründe, die zur Arbeitseinstellung führten, berücksichtigt werden. Die Kellner hatten denn auch Klage erhoben wegen Nichtausbezahlung des Kostgeldes an den gesetzlichen vierundzwanzigstündigen Ruhetagen. Das Gewerbegericht hatte in diesem Punkte denn auch entschieden, daß das Kostgeld auch zum Lohne des Arbeiters gehöre und somit auch an den gesetzlichen Ruhetagen zu gewähren sei. Das Gericht bemerkte ausdrücklich, daß die Ruhetage ausschließlich auf Kosten der Arbeitgeber gehen. Ferner wurde festgestellt, daß die Firma mit der Kleiderlieferung an die Kellner ein lukratives Geschäft betreibt, was nach § 115 Abs. 11 der Gewerbeordnung strafbar ist. Nicht weniger als 6 Mk. rechnete die Firma dem Kellner pro gelieferten Anzug mehr, als der Selbstkostenpreis beträgt. Die Kellner zogen ihre Klagen auf Übervorteilung von 6 Mk. zurück, weil die Firma ihrerseits die Klage auf Kontraktbruch fallen ließ. Das Gewerbegericht erkannte auf Auszahlung des Kostgeldes und der Lohnrestgelder. Nun darf man gespannt sein, ob die ordentlichen Gerichte den Mann fassen wegen Übertretung des § 115 der Gewerbeordnung. In anderen Paragraphen der Gewerbeordnung arbeitet man sehr häufig furchtbar schnell.

Lischkes, ohne Gardinen, und der einzige Luxusgegenstand in der ganzen Stube eigentlich nur ein von Christian vortrefflich gearbeiteter gepolsteter und mit Leder beschlagener Lehnstuhl für Frau Lischke, denn Gotthelf saß morgens wie abends entweder auf der Bank oder auf seinem hölzernen Schemel.

Auch das Geschirr im Hause gehörte, nach dem Machtspruch Gotthelfs, noch ganz der alten Zeit an und bestand aus Zinn, daß es wie Silber glänzte, war nur Frau Lischkes Schuld. Die gewöhnlichen Schüsseln hatte übrigens ein deutscher Töpfer in Saaldorf gemacht, und die etwas phantastischen Blumen und Vögel darauf, mit unorthographisch und höchst mittelmäßig geschriebenen Bibelversen und Denksprüchen schmückten auch dieses Geschirr, gerade wie in einem deutschen Bauernhause, mit ihrer bunten Pracht. Mit einem Worte, es fehlte nicht in dem kleinen Raume nach der alten heimischen Sitte, selbst nicht der große mit Tonplatten belegte Ofen, obgleich der in dem australischen Klima wenig gebraucht worden wäre, säßen die deutschen Bauern nicht überhaupt so entsetzlich gern warm. Auch ein grünbemalter Papagei von Gyps war noch mit aus Deutschland herübergekommen, und an den Wänden hingen vier oder fünf Lithographien. Die eine von diesen stellte Doktor Martin Luther vor, eine andere das Gebet der drei Monarchen nach der Schlacht bei Leipzig, und die übrigen ein paar altlutherische Prediger, die aber unmöglich so ausgesehen haben konnten.

Dicht an dieses Familienzimmer stieß die Werkstatt, eine allerdings nicht angenehme Zugabe, aus der das Klopfen und Hämmern von zwei Gesellen und einem Lehrling ununterbrochen, selbst durch die geschlossene Tür heraustönte. Die Frauen hatten sich aber daran gewöhnt, und Lischke selber behauptete, daß man es gar nicht hören könne.

Außer der Frau, die in ihrem Lehnstuhl saß und spann, war noch ein anderes weibliches Wesen im Zimmer, eine Näherin, die ihren Sitz am Fenster hatte und dort emsig mit ihrer Arbeit beschäftigt blieb. Ein kleines Mädchen von vier oder fünf Jahren, ihr Kind, kauerte neben ihr am Boden und spielte mit einer ziemlich roh zusammengewickelten Puppe, die sie im Arm hielt und wiegte.

Die Frau mußte einmal von blendender Schönheit gewesen sein, denn noch jetzt ließen die edlen, wenn auch eingefallenen Züge, das dunkle Auge und das volle kastanienbraune Haar, sowie der zarte Teint das recht wohl erkennen. Aber Gram oder Krankheit hatten diese Wangen gebleicht, diesen Augen das Feuer genommen, und ein tiefer schmerzlicher Zug um den Mund schien sich dort fest eingegraben zu haben und nicht mehr weichen zu wollen. Es war eine arme Deutsche, die allein mit ihrem Kinde in einem vielleicht eine halbe Stunde von Lischkes entfernten, halbzerfallenen Häuschen wohnte, und sich bei einigen Familien in Saaldorf ihr kümmerliches Brot mit Nähen verdiente, ihr Name war Luise Hohburg.

Lischke war eben erst in das Zimmer getreten, da er gleich nach seiner Rückkunft noch in der Werkstätte nach der Arbeit zu sehen hatte, und schien heute besonders guter Laune zu sein. Er ging mit auf den Rücken gelegten Händen und raschen Schritten in dem kleinen Zimmer auf und ab.

„Nun, Gotthelf," sagte die Frau, „hast Du Dein Getreide heut' gut verkauft? Du bist ja so munter."

„Munter? ih nu ja," sagte Lischke, die Arme vornehmend und sich vergnügt die Hände reibend, „bin ich auch, und warum auch nicht, Getreide passierte heute, nine Pund ten — geht an, ist wieder billiger geworden, aber — gut für die armen Leute."

„Dann hast Du sonst etwas Angenehmes erfahren," sagte die Frau, die, ein wenig neugieriger Art, gern wissen wollte, was den sonst ziemlich ernsten Mann heute bei so guter Laune erhalten. In dem Augenblick ging die Tür auf, und Susanna, noch erhitzt von der letzten Aufregung und mit geröteten Wangen, trat herein und ging, als sie den Vater bemerkte, gleich der Tür zu, die in ihr drüben im Hause gelegenes Schlafzimmer führte.

„Hallo, Susy," redete sie aber der Vater an, ohne die Frau weiter zu beachten, wohin so eilig, mein Kind? heh? komm eimal her und sag' Deinem Vater guten Tag."

„Guten Tag, lieber Vater," sagte Susanna jetzt vollkommen gefaßt, indem sie auf ihn zuging und ihm freundlich die Hand reichte.

„Guten Tag, Kind — heh? siehst ja heute so rot aus, schmunzelte der Alte — nun? — darf ich's nicht wissen? — heiho, Dir schlagen ja beinahe die Flammen zu den Backen heraus und man könnte daran löten."

„Ich bin so schnell aus dem Garten hereingelaufen," sagte Susanna, „und habe mich wahrscheinlich erhitzt. Es ist heute entsetzlich warm."

„So?" sagte der Vater — „hat er Dir warm gemacht, heh?"

„Wer, Vater?" rief die Tochter rasch und erstaunt.

„Wer?" lachte der alte Lischke — „ih nun, der Sonnenschein: natürlich — wer denn sonst?"

„Aber wie der Vater auch nur heute ist," sagte Frau Lischke, indem sie kopfschüttelnd ihr Rad weiterdrehte, „er redet lauter wunderliches Zeug. Was hast Du nur Mann? — ich glaube wahrhaftig, er ist zu Bier gewesen!"

„Bin ich auch, Kind," lachte der Alte gutmütig — „bin ich auch, und warum nicht? An solch einem warmen Tage schmeckt nichts besser als ein Glas von dem leichten Bier, was sie jetzt, Gott sei Dank, in Adelaide an zu brauen fangen. Der Henker soll ihr schweres Öl*) und Porter holen! Aber wo ist denn die Susy auf einmal hin? — Blitzmädel das, wird mit jedem Tage hübscher — man darf sie's nur um Gottes willen nicht merken lassen."

„Und warum nicht?" meinte Frau Lischke — „denkst Du etwa, Alter, daß sie es nicht selber weiß? — bah — da kennst Du die Susy schlecht!"

„Es wär' besser, sie wüßt' es nicht," brummte der Alte halb in den Bart, „jedenfalls für ihren künftigen Mann."

„Künftigen Mann!" seufzte die Frau — „lieber Gott, das ist noch in weitem Felde, und bis dahin läuft wohl noch mancher Tropfen Wasser den Berg hinunter."

„Nun, vielleicht auch nicht," schmunzelte Lischke, sich stillvergnügt die Hände reibend. — „Es geschehen oft wunderliche Dinge in der Welt, und wo man's am allerwenigsten vermutet, schlägt der Blitz gerade am liebsten ein."

„Herr Lischke zu Hause?" fragte in diesem Augenblick, wo die Hämmer plötzlich in der Werkstätte aufhörten zu klopfen, eine fremde Stimme.

„Drin in der Stube," sagte der Gesell, und gleich darauf klopfte es an die Tür.

„Der hat Eile," schmunzelte, während die Frau „Herein" rief, Lischke vergnügt vor sich hin, blieb aber etwas erstaunt mitten in der Stube stehen, als statt des wahrscheinlich erwarteten Christian die weit schlankere, zierliche Gestalt des Herrn von Pick in der Tür erschien. (Fortsetzung folgt.)

*) Es ist eine Eigentümlichkeit der Deutschen in den englischen und amerikanischen Kolonien, daß sie statt des englischen Ale unverdrossen Oel sagen.

Auf dem Wege zum Achtstundentag in Norwegen. Das Sozialkomitee des norwegischen Storthings hat kürzlich das Ergebnis seiner Untersuchungen über die Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstages veröffentlicht. Besonders bemerkenswert sind die Gutachten, die das Komitee über die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitsleistung von Sachverständigen erhalten hat. Von der Leitung der norwegischen Staatsbahnwerkstätten liegt eine Erklärung vor, die besagt, daß jetzt in 53 Stunden Arbeitszeit wöchentlich ungefähr ebensoviel produziert wird, wie früher in 60 Stunden. Die Arbeitszeitverkürzung um über eine Stunde den Tag hat die Produktion nicht vermindert. Ferner wird berichtet, daß in anderen Betriebszweigen, wo in Akkord gearbeitet wird, festgestellt wurde,

„daß der Unterschied zwischen dem Arbeitsverdienst derer, die acht Stunden und derer, die zehn Stunden täglich arbeiten, verschwindend gering ist. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die beim Wegebau Sandaak-Aamot gemachten Erfahrungen, wo die Arbeiter, nachdem sie den Achtstundentag ein halbes Jahr lang ausprobiert hatten, erklärten, daß sie diese Arbeitszeit beibehalten wollten, weil sie herausgefunden hatten, daß sie nun dieselbe Menge Arbeit in acht, wie sonst in zehn Stunden leisten können."

Vom Bergwerksdirektor in Trondhjem wird erklärt, daß „nicht allein ebensoviel Arbeit in 53, wie früher in 60 Stunden geleistet wird, sondern daß es auch als ganz empfehlenswert anzusehen ist, die Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden herabzusetzen."

Die Mehrheit des Sozialkomitees, die aus Liberalen und Sozialdemokraten besteht, schlägt nun die Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstages von 9 und von 8 Stunden vor. Die konservative Komiteeminderheit ist zwar im allgemeinen gegen einen gesetzlich beschränkten Arbeitstag, schließt sich jedoch dem Vorschlage an,

„daß die Arbeitszeit in Betrieben oder Teilen von Betrieben, wo besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vorhanden sind, oder wo leicht eine Überanstrengung eintreten kann, auf 8 Stunden den Tag beschränkt wird. Ebenso ist die Minderheit damit einverstanden, daß die Arbeitszeit in solchen Betrieben, die im hohen Grade gesundheitsschädlich sind, noch weiter eingeschränkt werden kann."

Präliminarien zu den hessischen Landtagswahlen. Es dürfte kaum eine zweite Stadt geben, in der die Sozialdemokratie mit so unglaublich niedrigen Mitteln bekämpft wird wie Offenbach a. M. Erinnert sei hier an die skandalöse Hetze bei den letzten Stadtverordnetenwahlen, bei denen die Welt des Bürgertums gruselig gemacht wurde vor „sozialdemokratischer Mißwirtschaft". Der Trick gelang, die Wahlen gingen für uns verloren. Das Blättchen wendete sich, als bekannt wurde, daß eine Bande hurra-patriotischer Spitzbuben gezüchtet worden war, deren Häupter, die Stadtrechner und Oberbuchhalter Grobe und Sohn in der nächsten Schwurgerichtsperiode abgeurteilt werden. Vor kurzem wirbelte die Flucht des Reichslügenverbandesagenten und nationalen Wahlhelfers Anton Beer aus Offenbach viel Staub auf. Um die Öffentlichkeit von all diesen Sachen abzulenken, und in der Bevölkerung wieder ein Terrain zu gewinnen, werden seit einiger Zeit alle im Vordertreffen des politischen Kampfes stehenden Genossen regelrecht bespitzelt. Selbst vor den intimsten, privaten Angelegenheiten wurde nicht halt gemacht. Hauptakteurin bei dem ekelhaften Treiben war und ist die „Offenbacher Zeitung", das Organ des Reichsverbandes am Orte. Ein Heldenstück, das zugleich den geistigen und sittlichen Zustand der deutschen mittleren Amtsblattpresse überhaupt beleuchtet, vollführte sie dieser Tage. Anlaß dazu bot ihr die schwere Erkrankung des Gauleiters Knöchel vom Fabrikarbeiterverband, der vor etwa zwei Monaten der psychiatrischen Klinik in Gießen zugeführt werden mußte. Ein verkommenes Subjekt, der „Reporter" Jakob Brand, ein Mensch, der, obgleich Mitglied der Zentrumspartei, sich in den sozialdemokratischen Wahlverein aufnehmen ließ, dem Landessekretär für Hessen anbot, in Versammlungen als „katholischer Arbeiter" auftreten zu wollen, um Stimmung für Ulrich gegen den bürgerlichen Kandidaten zu machen, aber von uns abgewimmelt wurde, wurde gedungen. Ein „Brief" wurde fabriziert, und mit demselben der Bursche auf die Frau des unglücklichen Kranken losgelassen. Der Brief enthielt Fragen allerunverschämtester Art, und wurde die Frau, Mutter von sieben Kindern — im Alter von 12 bis herab zu einem halben Jahre — aufs äußerste bestürzt und zur Verzweiflung getrieben. Bezweckt wurde mit dem Verhör, herauszubekommen, ob K. sich im Amte irgend etwas hatte zuschulden kommen lassen; das so erhaltene „Material" sollte im Kampfe ums Landtagsmandat Verwendung finden. Am selben Tage, an dem der falsche Detektiv die Frau „verhörte", kam der saubere Plan ans Tageslicht. Die „Offenbacher Zeitung" verriet sich selbst als Auftraggeberin, indem sie es sich nicht verkneifen konnte, die Fragen öffentlich zu stellen. Nun ist prompt von zuständiger Stelle Aufklärung erfolgt, d. h. der Gauleiter hat sich nichts zuschulden kommen lassen, die Zeitung hüllt sich in Schweigen und gibt dem von ihr gedungenen russischen Bravo den verdienten Eselsfußtritt, indem sie ihn auf ihre Eselswiese verweist, „Erklärungen" abzuladen. Der Reinfall ist also ein vollkommener. — Welche Formen der Landtagswahlkampf annehmen wird, erhellt schon daraus, daß für Offenbach-Stadt und -Land Nationalliberale und Zentrum ein schwarz-blaues Kartell geschlossen haben. Das Ziel ist vor allem die Beseitigung des Genossen Ulrich aus dem Landtage. Ähnlich verhält es sich in den beiden Mainzer Kreisen, wo die feindlichen „liberalen" Brüder sich mit dem Zentrum ausgesöhnt haben, um die Genossen Adelung und Dr. David zu stürzen.

Wohlfahrtseinrichtungen.

In vornehmlicher Weise rechnen die Arbeitgeber und auch die bürgerlichen Sozialreformer die Arbeiterwohnungen zu den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen. Daß diese Arbeiterwohnungen oder vielmehr die Fabriks- oder Werkswohnungen den Namen Wohlfahrtseinrichtungen nicht verdienen, braucht nicht besonders betont zu werden. Ein Arbeiter, der eine solche Wohnung bezieht, kann an seine Tür schreiben; „Laß alle Hoffnung draußen". Er ist schlimmer dran als der Arbeiter, welcher in Kost und Logis beim Meister arbeitet. Dieser hat diesen Zwang nur für seine eigene Person zu tragen, anders bei dem Fabrikarbeiter, der die ganze Familie der Sklaverei überantwortet. Ein Betätigung im Sinne einer gewerkschaftlichen Organisation ist fast vollständig ausgeschlossen. Die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage mittels des durch Gesetz gewährleisteten Koalitionsrechts zu erringen, muß als Utopie bezeichnet werden. Wehe dem schon, der den Versuch nach dieser Richtung hin wagt. Am schlimmsten liegen diese Dinge bei den Glasarbeitern. Fernad von den großen Verkehrsadern, sind diese Arbeiter gezwungen, in den Glashütten ein elendes Dasein zu führen. Sklave in der Hütte, Sklave in seiner Wohnung, Sklave, wo ich gehe und stehe, darf der Glasarbeiter mit vollem Rechte sagen. Findet sich aber unter den Arbeitern einer, der den Mut hat, für die Interessen seiner Kollegen einzutreten, so kann er sicher sein, bald die Arbeitsstätte und auch seine Wohnung verlassen zu müssen. Der geringste Anlaß genügt, um solche Leute loszuwerden. Selbst vor dem Krankenbett macht die Verfolgungswut der Kapitalisten kein Halt, wie uns z. B. aus Weißwasser von der Firma Dr. Sch. gemeldet wird. Ein Vertrauensmann bekam jüngst folgenden christlichen Erguß, der so recht die heuchlerische Fratze herunterreißt, die dem Wörtchen „Wohlfahrt" in überaus vielen Fällen aufgesetzt wird. Der betreffende Glasmacher bekam folgenden Brief:

„Da Sie wohl in absehbarer Zeit noch nicht arbeitsfähig sein werden und ich die von Ihnen innehabende Wohnung benötige, bedaure ich, Ihnen hiermit kündigen zu müssen, und bitte ich Sie, für rechtzeitige Räumung der Wohnung Sorge zu tragen.

Achtungsvoll
Glasfabrik Dr. Martin Schweig."

Das ist die christliche Nächstenliebe, womit diese Wohlfahrtseinrichtungen immer umgeben werden.

Es ist aber auch nicht immer nötig, daß der Arbeiter organisiert sein muß, um den Unwillen des Hüttenpaschas hervorzurufen. Es genügt schon, wenn ein Arbeiter seine Waren in anderen Geschäften kauft, als die von dem Unternehmer bezeichneten, wie dieses schon des öfteren in Porta festgestellt wurde.

Ein dritter Fall, der an Rigorosität nichts zu wünschen übrig läßt, wird uns aus Usch bei Schneidemühl aus den Siemenswerken mitgeteilt. Vorausschicken wollen wir, daß die Löhne infolge der Abhängigkeit der Arbeiter auf einer geradezu erbärmlichen Stufe stehen, Löhne von 14, 15 und 16 Mk. sind keine Seltenheiten.

Der Glasmacher B., der verheiratet und Vater von drei Kindern ist, hatte infolge seiner Beschäftigung auf der Hütte zu Usch auch eine Wohnung inne, die in einem der Firma gehörigen Wohnhause liegt. Die Verhältnisse zwangen B., sich früher einmal Vorschuß geben zu lassen. Zwecks Begleichung dieses wurden ihm wöchentlich 3 Mk. vom Lohn abgezogen. Da er mit dem noch übrig bleibenden Gelde den Unterhalt seiner Familie nicht bestreiten konnte, bat er, etwas mehr rücksichtsvoll zu sein und nicht so viel von seinem Lohne abzuziehen. Als am 25. Juli d. J. wiederum 3 Mk. zurückbehalten wurden und B. daher nur 11,89 Mk. erhielt, drückte er hierüber seine Mißbilligung aus. Dieses Verhalten ahndete die Firma mit der sofortigen Entlassung und sandte B. noch folgendes Schreiben:

„Aktiengesellschaft für Glasindustrie
vorm. Friedr. Siemens
Abteilung Usch.

Usch bei Schneidemühl, den 27. Juli 1908.

Herrn Glasmacher . . . . .
Hier.

Nachdem wir uns am Sonnabend infolge Ihres dem Unterzeichneten gegenüber gezeigten Benehmens zur sofortigen Lösung des mit Ihnen bestehenden Arbeitsverhältnisses gezwungen sahen, ist gleichzeitig auch die mit Ihrem Arbeitsverhältnis verknüpfte Leihung einer Wohnung erloschen.

Wir fordern Sie daher hiermit auf, Ihre Wohnung bis zum 30. Juli abends spätestens zu räumen, bis zu diesem Zeitpunkt auch das Ihnen überwiesene Feldland an uns zurückzugeben.

Ihren noch stehenden Lohn verwenden wir zur Tilgung Ihrer Vorschußschuld. Insoweit diese dadurch nicht gedeckt ist, halten wir unsere Ansprüche hiermit ausdrücklich aufrecht.

(Firmenstempel.)
J. V.: Schuster."

Ziehen wir den Entlassungsgrund wirklich in Betracht so muß man staunen über die Geringfügigkeit desselben. Berücksichtigen wir weiter, daß der Arbeiter auch noch sein bares Geld in dem bestellten Felde stecken hat, daß er ebenfalls ohne die geringste Entschädigung abtreten muß, so muß man es bedauern, daß man solchen Firmen nicht mit Hilfe der Gesetze an den Kragen kann. So sieht die vielgerühmte Arbeiterwohlfahrt aus. Statt Wohltaten schmiedet man Sklavenfesseln, die zu brechen nur einer starken Arbeiterbewegung möglich sein wird.

Kapitalistische Wirtschaftspolitik.

Der Weltverbrauch an brasilianischem Kaffee beträgt zirka 8 Millionen Sack pro Jahr. Das will nun nicht etwa heißen, die Menschheit könne nicht mehr Kaffee konsumieren. Dies besagt nur, daß die Kaufkraft der Massen nach Abzug aller Entrichtungen an den Kapitalismus, so klein ist, daß nur zirka 400 Millionen Mark pro Jahr für Kaffee ausgegeben werden können.

Die Besitzer der brasilianischen Kaffeeplantagen pflanzen dieses Gewächs nicht etwa in der edlen Absicht, die Menschheit mit dem aromatischen schwarzen Getränk zu versorgen. Den Herren ist es lediglich um die reichliche Verzinsung des Anlagekapitals zu tun. Noch bis vor wenigen Jahren vermochte Brasilien kaum so viel Kaffee zu erzeugen, als daß die Weltkaufkraft nach diesem Artikel beträgt. Die Plantagenbesitzer mußten also für den Ankauf ihres Bodens Preise zahlen, die eine Kapitalisation der hohen Kaffeepreise waren. Seither ist nun die Kaffeeproduktion ganz erheblich gestiegen und erreichte in der Kampagne 1905—1906 den Umfang von rund 18 Millionen Sack.

An und für sich ist es absolut nicht vom Übel, wenn sich die Erzeugung eines von den breitesten Volksmassen begehrten Genußmittels um 50 Proz. und mehr vermehrt. Der notwendig eintretende Preisfall müßte eben bei gleichbleibender Kaufkraft einem jedem Konsumenten gestatten, die braune Brühe etwas dunkler und aromatischer zu gestalten. Doch die Herren Plantagenbesitzer wollen doch der Menschheit keinen Genuß, sondern ihren werten Personen Zinsgewinn garantieren. Als nun das Jahr 1905/06 eine übernormal große Ernte brachte, da bestand die Gefahr, daß die Verzinsung des Plantagenbetriebes durch Sturz der Kaffeepreise in Mißverhältnis zu den Kosten des Bodenpreises geraten würde.

Wenn auch die südamerikanischen Staaten hier und da Allüren annehmen, die mit unserer polizeigezüchteten Vorstellung des Kulturstaates in Widerspruch stehen, in einer Hinsicht sind sie doch voll und ganz „modern": Eine Minderung des Kapitalprofits erscheint ihnen als „nationale Gefahr". Als vor zwei Jahren ein Sinken des Weltmarktpreises in Kaffee drohte, pumpte sich die brasilianische Regierung 500 Millionen Frank (die Zinsen muß das Volk bezahlen) und kaufte 10 Millionen Sack Kaffee. Dieses Aus-dem-Markt-nehmen bezeichnete sie mit Kaffeevalorisation, es ist dies ein Manöver, das nordamerikanische Baumwollspekulanten als Corner bezeichnen. Nur ist dieser Corner auf Kosten der Steuerzahler. Der Plan der Regierung ging dahin, bei der voraussichtlich schlechten Ernte im folgenden Jahre unter die Kaffeehändler zu gehen.

Doch der Herrgott hat mehr Verständnis für das Kaffeebedürfnis der Europäer als die Gemütsmenschen in der brasilianischen Regierung. Die Herren brauchten eine schlechte Ernte für die Jahre 1906—07, und der Herrgott gab ein „nationales Unglück" — eine gute Ernte. Das ist echt kapitalistische Begriffsverwirrung. Nun saß die brasilianische Regierung auf ihren 10 Millionen Kaffeesäcken und wußte sich nicht zu helfen. Um die nationale Gefahr des Kaffeepreissturzes und des Zinsverlustes abzuwehren, mußte der brave brasilianische Steuerzahler noch ein zweites Mal die nicht unbeträchtlichen Zinsen zahlen. Jetzt beginnt in Brasilien der Frühling, und damit laufen denn Saatenstandsberichte des im südlichen Herbst, das ist unserem Februar, zu erntenden Kaffees ein. Ganz Brasilien, die Regierung wegen der Schulden, die Plantagenbesitzer wegen der Verzinsung, und das Volk, weil es die Zeche bezahlen muß, rutscht in den Kirchen auf den Knien und betet: „Lieber Gott, laß Nachtfröste kommen und laß die Ernte erfrieren.

Brasilien steht vor einer Finanzkatastrophe, wenn die diesjährige Ernte gut wird, die Plantagenbesitzer erleiden eine Entwertung ihrer Ländereien, wenn der Kaffeepreis fällt. Und das Volk muß darum um Mißernte beten, denn sonst wird wieder Geld gepumpt, damit die Regierung Kaffee kauft und das Volk Steuern zahlt.

Auch die Gemütsmenschen an der Hamburger Börse erwarten nichts sehnlicher als Nachtfröste in Brasilien, denn es wird allmählich riskant, bei Überangebot à la hausse zu spekulieren. Die brasilianische Kaffeevalorisation ist eine tragikomische Karikatur einer Wirtschaftspolitit, wie nur der zinsheischende Kapitalismus sie mit sich bringen kann.

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatenschinder. Wegen Mißhandlung eines Untergebenen stand der Vizefeldwebel Franz Schumann von der Ökonomieabteilung des 1. Armeekorps vor dem Königsberger Kriegsgericht. Schumann hatte den Ökonomiehandwerker Otto Riemann dreimal an den Ohren gerissen, und zwar das letztemal am 28. Juli d. J. mit dem Erfolg, daß Riemann infolge der Mißhandlung im linken Ohr eine Zerreißung des Trommelfells davontrug. Die Mißhandlung wurde in der Weise vorgenommen, daß der Angeklagte sein Opfer an beide Ohren faßte und diese herumdrehte. Während Riemann bezüglich der beiden ersten Fälle keine Meldung machte, brachte er den letzten Fall zur Anzeige, da er, wie er sich gleich nach der Tat des Vizefeldwebels zu einem Kameraden geäußert hatte, keine Lust habe, sich zum Krüppel machen zu lassen. Die Ursache zu der Mißhandlung soll der Umstand gegeben haben, daß Riemann, der Schuhmacher ist, an demselben Tage bis 3½ Uhr nachmittags nur 200 Paar Absätze angefertigt hatte, während nach der Ansicht seines Peinigers 250 Paar hätten fertig werden müssen. Mit Rücksicht auf die bisherige gute Dienstführung des Angeklagten beantragte der Anklagevertreter 10 Tage gelinden Arrest. Das Gericht erkannte auf 14 Tage gelinden Arrest und meinte, der Angeklagte habe für seine Tat einen genügenden Grund nicht angegeben. Sei es, daß er sie infolge einer üblen Angewohnheit begangen, oder daß er sich in der seiner Aufsicht unterstellten Abteilung gewissermaßen eine Paschawirtschaft angeeignet habe. Seine Tat sei geeignet, bei den Leuten Mißstimmung zu erregen, die dann in Zerstörung von Dienstgegenständen oder auf andere Art sich leicht bei den Soldaten Luft machen könne. Solchen Übergriffen müsse daher energisch (?) entgegengetreten werden; daher bekam der Angeklagte die „enorm strenge" Strafe von — 14 Tagen gelinden Arrest. — Etwas schlechter ging es dem Sergeanten Schulz vom Trainbataillon Nr. 1. Er hatte den Soldaten Brück mit der Klopfpeitsche in der brutalsten Weise mißhandelt. Seinem Opfer hatte er dreißig Hiebe versetzt, die blutunterlaufene Striemen zurückließen. Dabei bekam der Soldatenschinder 45 Tage Gefängnis. In einem anderen Falle mußte er freigesprochen werden, da der Mißhandelte als Zeuge zu keiner belastenden Aussage zu bewegen war, obwohl er im Vorverfahren ganz bestimmte Angaben über die Mißhandlungen gemacht und der Angeklagte die Möglichkeit zugegeben hatte, sich auch an diesem Soldaten vergriffen zu haben.

Aus Nah und Fern.

Durch elektrischen Strom getötet. Der Landwirt Schmidt in Wiesloch (Kreis Heidelberg) hatte sich mit seiner Frau ins Feld begeben, um Hopfen zu holen. Als er mit geladenem Wagen aus dem Acker, über den die elektrische Leitung führt, fahren wollte, stürzte plötzlich eine der Kühe, die vor den Wagen gespannt waren, auf die Kniee. Sie war, laut Heidelberger Zeitung, auf einen herunterhängenden elektrischen Draht getreten. Als Schmidt nachsehen wollte, was vorgekommen war, kam er an den Draht und wurde sofort getötet. Seine Frau, die helfen wollte, wurde betäubt und erlitt bedeutende Brandwunden an der Hand. Ein in der Nähe arbeitender Mann entfernte mit einer Hacke den Draht und verhütete weiteres Unheil. Der elektrische Strom hatte eine Stärke von 10 000 Volt. Eine amtliche Untersuchung läßt vermuten, daß der Draht der Fernleitung an einer schadhaften Stelle gerissen ist und daß unmittelbar darauf das Unglück eintrat.

Wie Eisenbahnunfälle entstehen. Auf der Kranzer Eisenbahnstrecke ist ein schwerer Unfall passiert. Infolge des Offenbleibens einer Schranke wurde am Montag abend ein Fuhrwerk überfahren, wobei zwei Personen getötet und ein Mann schwer verletzt wurde. Als der „Schuldige" wurde der Bahnwärter Petereit verhaftet, der geschlafen und infolgedessen nicht die Schranke geschlossen hatte. Die „Hartungsche Zeitung" schreibt nun von diesem Mann:

„Er hatte vom frühen Morgen bis zum späten Abend Dienst, hatte täglich 22 Züge abzufertigen und seine Strecke zu überwachen. Für gewöhnlich hatte ihm in den Abendstunden, wenn er ermüdet war, seine älteste Tochter in der Ausübung seines Amtes geholfen. An jenem Abend aber hatte er seine Helferin in den Zirkus geschickt, seine Frau war zu Bett gegangen, und so saß er allein in seiner Stube. Müdigkeit hatte ihn übermannt und er war auf dem Stuhle eingeschlafen."

Trotzdem hieraus klar hervorgeht, daß die wirklich Schuldigen ganz wo anders zu suchen sind, schreibt das kapitalistische Blatt:

„Die Schuld hat demnach wohl lediglich der Bahnwärter zu tragen, der durch seine Pflichtverletzung so schweres Unglück über sich und andere gebracht hat."

Wir meinen, die Pflichtverletzung sollte einer anderen Stelle, nämlich den Kapitalisten, in deren Händen sich die Bahn befindet, zum Vorwurf gemacht werden. Aber das tut man nicht. Der arme Bahnwärter, der bereits 26 Jahre Dienst getan hat und 55 Jahre alt ist, wird die Sünden der Bahnverwaltung schwer büßen müssen.

Auslieferung auf administrativem Wege. Welche Zustände in Oberschlesien herrschen, zeigt folgender Bericht des „Berliner Tageblatts" über eine vor dem Kattowitzer Kreisgewerbegericht verhandelte Klage des Schlossers Zagosda, eines Russen, gegen die Baildonhütte. Der Vertreter des Schlossers Zagosda führte dort vor Gericht aus: „Der Kläger, der Schlosser Mieczislaw Zagosda aus Czenstochau und sein Kollege Osmenda aus Sosnowice haben seit Januar in der Baildonhütte gearbeitet. Am 25. März dieses Jahres fand in der „Reichshalle" in Kattowitz eine polnisch-sozialdemokratische Versammlung statt. Die beiden Arbeiter gingen hin. Vor der „Reichshalle" wurden sie von einem Polizeibeamten angehalten und gefragt, woher sie seien. Die Antwort lautete: „Aus Russisch-Polen". Daraufhin wurden die Leute zur Polizeiwache gebracht, wo ihre Personalien und ihr Arbeitsort festgestellt wurden. Als die beiden Arbeiter von den Osterfeiertagen nach der Baildonhütte zur Arbeit zurückkamen, wurde ihnen in der Hütte mitgeteilt, die Polizei habe sie gesucht. Der Kläger Zagosda ging darauf ins Bureau und bat, ihm seine Papiere und seinen Lohn auszuhändigen. Ihm wurde zur Antwort, er solle nachmittags um 3 Uhr wiederkommen. Da er vermutete, daß er dort Polizeibeamte treffen würde, die ihn den russischen Behörden überliefern würden, ging er nicht hin. Er stellte mir eine Vollmacht aus, um seinen Lohn von der Hütte zu erhalten. Ich schrieb an die Hütte; geantwortet wurde mir, daß das Geld bei dem Amtsvorstand in Domb niedergelegt sei. Ich wandte mich an den Amtsvorstand, der mir schrieb, meinem Antrage könne erst dann entsprochen werden, wenn Sie einen mit dem Gläubiger gemäß § 398 des Bürgerlichen Gesetzbuches abgeschlossenen Abtretungsvertrag vorlegen. Ich beantrage nunmehr, die Hütte zu verurteilen, mir die fraglichen 39,40 Mk. auszuzahlen. Daß aber die Befürchtung des Klägers, er würde, wenn er zur geforderten Zeit ins Hüttenbureau ginge, der russischen Behörde überliefert werden, berechtigt war, beweist das Schicksal seines Kollegen Osmenda. Dieser ging zu angegebener Zeit ins Verwaltungsbureau der Hütte. Dort wurde er von einem Polizeibeamten ein Empfang genommen, von diesem über die russische Grenze abgeschoben und somit den russischen Behörden in Sosnowice ausgeliefert." Auf diese Ausführungen erwiderte der Vertreter der Baildonhütte, Oberingenieur Kischka: „Alles das, was der Vertreter gesagt hat, trifft zu. Wir können jedoch nicht anders handeln, weil eine Verfügung besteht, wonach wir verpflichtet sind, die Polizei in solchen Fällen zu benachrichtigen. Wir werden bestraft, wenn wir einen ausländischen Arbeiter ohne weiteres auszahlen und entlassen. Wir müssen das Auswechselungskommissariat davon benachrichtigen. Der Auswechselungskommissar veranlaßt dann das weitere, und die Leute werden über die Grenze abgeschoben." Es ist doch etwas Herrliches um die Kulturverhältnisse im Osten Preußens. Auf Grund welchen Gesetzes nimmt sich denn die Polizei das Recht, den Unternehmern aufzuerlegen, die Polizeibehörde davon zu benachrichtigen, wenn sie ihren ausländischen Arbeitern den rückständigen Lohn auszahlen und sie entlassen? Auf Grund des bekannten Satzes: „In Oberschlesien machen wir das so!"

Opfer des Militarismus. In Königsberg i. Pr. hat sich vor einigen Tagen der Musketier Otschki aus Posen auf Wache erschossen. Gleich nach dieser traurigen Tat wurde allgemein behauptet, daß er aus Furcht vor Strafe in den Tod gegangen sei. Das wurde sofort bestritten. Von „zuständiger Seite" wurde der Presse mitgeteilt, daß der Soldat sich nicht aus Furcht vor Strafe erschossen habe, da es sich — laut Zeugnis seines Kompagniechefs — um einen der besten Leute der Kompagnie, einen Mann handelte, der sich stets gut geführt und sich nicht das Geringste hat zuschulden kommen lassen. Damit hat man das Publikum getäuscht. Der Soldat hatte, wie jetzt feststeht, als er auf Posten stand geschlafen und sein „Verbrechen" war bereits auf der Wache gemeldet worden. Das hatte man ihm mitgeteilt, worauf er — lediglich aus Furcht vor Strafe — durch einen Schuß aus dem Dienstgewehr Selbstmord verübte. Diesen Mann hat also der Militarismus auf dem Gewissen.

Eine Musteranstalt. Ein in der Gemeinde Schinkel bei Osnabrück heimatberechtigtes 24 Jahre altes Mädchen leidet an Gehirnkrebs und ist zeitweise gelähmt und völlig erblindet. Das arme Geschöpf war längere Zeit im Krankenhause untergebracht, und da die Geschwister und Verwandten die Unterhaltskosten auf die Dauer nicht bestreiten konnten, wandten sie sich an den Gemeindevorsteher mit dem Ersuchen, einen Zuschuß zum Unterhalt zu gewähren. Die Verwaltung beschloß jedoch, das Mädchen in einer Blindenpflegeanstalt unterzubringen. Das war schließlich ja auch das Beste und die Verwandten gaben dazu ihre Einwilligung. Am Sonnabend, den 22. August, sollte der Transport, dem außer den Verwandten auch eine katholische Schwester beiwohnte, vor sich gehen. Die Familie erhielt den Bescheid, sie möchte die Kranke in Himmelstür bei Hildesheim abliefern. Nichts ahnend, fragten sie in Hildesheim nach der „Blindenpflegeanstalt Himmelstür" und erhielten die Antwort, das sei keine Pflege- sondern Besserungsanstalt. Trotzdem die Transporteure betroffen waren, suchten sie, zumal ein Rücktransport nicht sofort möglich war, Himmelstür auf, indem sie glaubten, daß die Kranke dort wenigstens für kurze Zeit untergebracht werden könnte, bis sich die Sache aufgeklärt habe. Wie erschraken sie aber, als die Wärterin näheren Aufschluß gab. Die Kranke sollte die gewöhnliche Verpflegungskost erhalten und behandelt werden wie die anderen „Zöglinge". Dabei fragte diese Wärterin im Beisein der Kranken (!): „Wer bezahlt denn die Beerdigungskosten oder soll sie nachher nach Göttingen (d. h. in die Anatomie) kommen?" Diese rücksichtslose Frage versetzte die Kranke in solche Aufregung, daß sie laut aufschrie und nicht mehr zu beruhigen war. Die Verwandten wollten jetzt natürlich das Mädchen sofort wieder mitnehmen, wurden von der Verwaltung aber daran gehindert! Zu Hause angekommen, setzten sie alle Hebel in Bewegung, um das unglückliche Geschöpf wieder aus dieser „Pflegeanstalt" zu bekommen. Der Gemeindevorsteher in Schinkel entschuldigte sich, daß er auch nicht gewußt habe, daß Himmelstür eine „solche Anstalt" sei. Die Verwandten möchten schweigen. Er gab sofort das Geld her für die nochmalige Reise, um die Kranke wiederzuholen, auch sollen die Gelder für Unterhalt zur Verfügung gestellt werden.

Weil er den Baldachin nicht tragen wollte. Ein Arbeiter in einem Dorfe Mittelfrankens erhielt folgendes Schreiben:

Sie haben am letzten Donnerstag (Fronleichnam) den Baldachin nicht getragen, trotzdem Ihr Name rechtzeitig von der Kanzel verkündet wurde. Hier gebe ich Ihnen den Beschluß der Kirchen- und Gemeindeverwaltung vom 21. Mai 1903 bekannt:

„Es wird einstimmig beschlossen, daß die jüngst verheirateten 12 Ehemänner, jedesmal je 4, bei einer Prozession den Baldachin tragen, und die Verkündigung von der Kanzel aus als genügende Bekanntgabe erklärt. Wer ohne Grund sich weigert oder nicht erscheint, hat 2 Mk. an die Kirchenstiftung zu bezahlen, welche einen Stellvertreter besorgen wird." Erwarte, daß Sie in Bälde den Betrag von 2 Mk. erlegen.

Kath. Pfarramt Theilenberg.
Leuchtle, Pfarrer.

Dieser kirchliche Strafbefehl erging am 20. Juni. Der Arbeiter hatte aber keine Lust, die 2 Mk. in die Kirchenkasse zu zahlen. Er wartet noch jeden Tag auf den Gerichtsvollzieher.

Über die Untat eines russischen Grenzsoldaten wird der Thorner Presse aus dem benachbarten Grenzort Alexandrowo berichtet: Dienstag nachmittag 3 Uhr schoß ein russischer Grenzsoldat aus Wut darüber, daß er wegen Trunkenheit aus einem Lokal gewiesen worden war, in eine auf der Dorfstraße versammelte Menschenmenge. Durch den ersten Schuß tötete er einen 13jährigen Knaben und verwundete einen älteren Mann am Unterleib so schwer, daß dieser bald darauf starb. Durch den zweiten Schuß wurde einem etwa 20jährigen Mann der linke Unterarm durchbohrt und ein dahinterstehender Mann am linken Fuß verletzt.

Dem Verdienst seine Manschettenknöpfe. Der oft genannte Polizeirat und Grenzkommissar Mädler in Beuthen, O.-Schl., der deutsche Sozialisten und russische Flüchtlinge mit gleich grimmen Hasse verfolgt, und mit dessen Namen die Erinnerung an so manchen ungeheuerlichen Grenzvorfall verknüpft ist, hat jetzt seinen Dank vom Hause Romanow erhalten. Zar Nikolaus hat ihm nämlich bei Gelegenheit der Enthüllung eines Denkmals des Ostmarkenvereins durch den Regierungspräsidenten von Schlesien ein paar goldene, mit Brillanten besetzte Manschettenknöpfe überreichen lassen.

Wiener Trottel. Ein Sozialdemokrat hatte im Wiener Gemeinderat angeregt, nach Robert Blum in der Brigittenau eine Gasse zu benennen. Schließlich ist ja dieser Mann auch mit der Geschichte Wiens einigermaßen verbunden; hat er doch für die deutsche und die Wiener Freiheit in Wien sein Leben gelassen. „Wer hat's ihm angeschafft," sagen die magistratischen Luegerleute heute. „Was ging ihn unsere Sach' an, die besorgt Lueger viel besser." Und so schrieb denn der Stadtmagistrat dem Antragsteller, daß von der Direktion der städtischen Sammlungen ein ablehnendes Gutachten eingegangen. Im übrigen aber folgendes: „Bei der Benennung von Gassen und Plätzen nach verdienten Personen wurde bisher jederzeit das Prinzip beobachtet, vor allem auf solche Personen Rücksicht zu nehmen, die aus Wien gebürtig sind oder die, wenn auch nicht Wiener von Geburt, sich um Wien verdient gemacht haben. Sonst wurden Namen von Ausländern nur dann herangezogen, wenn ihnen eine überragende universelle Bedeutung zukommt. Da dies bei Robert Blum nicht zutrifft, hat die Stadt Wien keinen Anlaß, eine Gasse nach ihm zu benennen." Recht so! Was hat Robert Blum mit diesem Gesindel gemein, das sich in einem Gutachten von ihm berichten läßt: „Er galt als guter Redner, hatte aber wenig politischen Einfluß. Mit Julius Fröbel vom Parlament nach Wien entsendet, um den Revolutionären eine Adresse zu überbringen, nahm er mit bewaffneter Hand an den Barrikadenkämpfen teil und wurde deshalb nach der Einnahme Wiens standrechtlich verurteilt und am 9. November erschossen." Warum, zum Teufel, betrieb auch der Mann kein ordentliches loyales Geschäft, oder warum machte er aus der Politik kein Geschäft!

Raubmord. In Agram erschien Mittwoch mittag in einem Juwelierladen einer 80jährigen Witwe ein Mann und ersuchte die Frau um Vorlegung von Ringen. Während die Frau damit beschäftigt war, zog der Mann ein Messer, durchschnitt der Frau die Kehle, beraubte die Ladenkasse und entfloh.

Englisches Segelschiff untergegangen. Nach einer in London eingegangenen Meldung ist das englische Segelschiff „Amazone" an der Küste von Wales gescheitert. Von der 28 Mann starken Besatzung sind 26 Mann ertrunken. Der Viermastschoner „Amazone" ist bei dem gestrigen Sturm buchstäblich entzwei gebrochen. Acht Mann der Besatzung konnten gerettet werden, die übrigen gelten als verloren. Gestern abend wurden bereits mehrere Leichen an den Strand gespült.

Sven Hedin in Sicherheit. Die Eltern des berühmten schwedischen Forschers erhielten am 31. August, abends, von dem Privatsekretär des Vizekönigs von Indien ein Telegramm aus Simla, besagend, daß sich Sven Hedin nach anstrengender, erfolgreicher Reise bei guter Gesundheit befinde. Die Ankunft in Simla werde anfangs September erfolgen.

Ein Mittagsschläfchen unter Wasser hielt kürzlich ein Taucher, der die Schraubenflügel des englischen großen Panzers „Dreadnought" von treibenden Wasserpflanzen zu reinigen hatte. Signale mittels Telephon und Signalleine wurden in die Tiefe gesandt, aber keine Antwort erfolgte. Die Luftpumpe arbeitete regelmäßig. Dann kam langsam eine große Bürste an die Oberfläche, bald folgten andere Werkzeuge und man glaubte sicher, daß dem Taucher etwas passiert sei. Schleunigst wurde ein zweiter Taucher hinabgelassen und seine telephonische Nachricht befreite den wachthabenden Offizier von schwerer Sorge. „Der Kerl hat die ganze Zeit geschlafen!" klang es durch das Telephon herauf. Und so war es. Der Mann hatte die leichte Aufgabe in wenigen Minuten bewältigt und setzte sich danach auf einen der riesigen Schraubenflügel zur kurzen Rast. Hier war er sacht eingenickt, während eine Anzahl Fische, angelockt von dem Scheine des elektrischen Lichtes, fröhlich um den Schlummernden herumspielte. Der Kommandant war von dem Vorkommnis so belustigt, daß der Taucher ohne Strafe davonkam.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 2. September. Hier hat sich nach Unterschlagungen der Bankier Herzberg erschossen. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte den Barbestand der Kasse, im ganzen 5700 Mk. Wie hoch die Unterschlagungen sich belaufen, läßt sich erst nach Prüfung der beschlagnahmten Bücher angeben.

Landsberg a. W., 2. Sept. Hier warfen sich ein älterer und ein jüngerer Mann, anscheinend Vater und Sohn, am Dienstag vor einen Zug. Beide wurden von dem Zuge furchtbar verstümmelt.

Magdeburg, 2. Sept. In einem Hotel spielte sich am Dienstag ein Liebesdrama ab. Der aus Elbing stammende Kassierer Szylinski und seine Geliebte Ida Rose aus Fickermünde versuchten ihrem Leben durch Erschießen ein Ende zu machen. Beide wurden schwer verletzt. Das Mädchen starb auf dem Wege nach dem Krankenhause.

Essen (Ruhr), 2. Sept. Bei einer Wagenfahrt, die in dem benachbarten Osterfeld zwei Italiener mit zwei Österreichern machten, entstand ein Wortwechsel, in dessen Verlauf beide Italiener von den Österreichern erschossen wurden. Die Österreicher entkamen im Wagen.

Essen, 2. September. Nach einer Meldung wurde der Steiger Amberge, der mit zwei Kohlenhauern in einem mit giftigen Gasen gefüllten Überhau auf der Zeche „Adolf von Hansemann" eingeschlossen war, Mittwoch früh mit seinen beiden Gefährten tot zutage gefördert.

Düsseldorf, 2. September. Die Zwicker der Schuhfabrik Krüppel Rheyd (Rheinland) sind in den Ausstand eingetreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Düsseldorf, 2. Sept. In Rheinhausen ist am Montag ein Gerüst zusammengestürzt. Drei Arbeiter stürzten in den Rhein, zwei ertranken.

Köln, 2. September. Auf der Landstraße bei Kellen trat ein Mann an eine Schar spielender Knaben, ergriff einen achtjährigen Jungen und schnitt ihm die Kehle durch. Der Täter entkam; man vermutet in ihm einen aus der Irrenanstalt Grafenberg entsprungenen Mörder.

Friedrichshafen, 2. September. Der seit einigen Monaten bei der hiesigen Kommune angestellte Beamte Ott ist unter Mitnahme der Stadtkasse und der von der Gemeinde vollerten Zeppelinspende von 5000 Mk. verschwunden.

Kaiserslautern, 2. September. Im Zuchthaus haben in der Nacht zum Dienstag Sträflinge den Aufseher Ripplinger überfallen, geknebelt und ihm die Schlüssel und den Revolver abgenommen. Auf seinen Schrei eilten ein anderer Aufseher und Militär zur Hilfe herbei und überwältigten die Meuterer. Der Sträfling Roß aus Göttelborn hat sich erschossen.

Wien, 2. September. Der Oberste Gerichtshof erkannte auf Aufhebung des Urteils des Lemberger Gerichtshofes, wonach der Mörder des Statthalters Grafen Potocki, Siczinski, zum Tode durch den Strang verurteilt wurde, und ordnete eine neue Verhandlung vor dem Lemberger Schwurgericht an. In der Begründung des Erkenntnisses wird ausgeführt, daß es einen Nichtigkeitsgrund gegeben habe, weil der Lemberger Gerichtshof die Anträge der Verteidigung auf Prüfung des Geisteszustandes des Angeklagten und Untersuchung seines Vorlebens in psychopathischer Beziehung mit Unrecht ablehnte.

London, 2. September. Heute nachmittag 3 Uhr stürzte ein wie ein Handwerker gekleideter Mann von der Boardstreet-Seite in die Börse und begann blindlings auf die Börsenbesucher zu schießen. Es entstand eine furchtbare Panik und in dem Gedränge erlitten mehrere Personen leichtere Verletzungen. Der Täter, ein 23jähriger Ingenieur Harrison, der angeblich an der Börse sein Geld verloren hat und geistesgestört ist, gab noch drei Schüsse ab, von denen einer den Börsenmakler Aarons an der Hüfte leicht verletzte. Dann gelang es, den Täter zu entwaffnen. Das Börsengeschäft wurde durch das Vorkommnis erheblich gestört.

Charbin, 2. Sept. Bei der Station Nikolskaja an der chinesischen Ostbahn wurde ein Personenzug böswillig zum Entgleisen gebracht. Zahlreiche Personen sind tot oder verletzt. Unter den Verletzten befindet sich General Oserowski.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater hatte am Dienstag abend Herr Haeberlein sein Benefiz. Er spielte den Hilfsprediger Haffke in Sudermanns Schauspiel „Johannisfeuer". Der junge Künstler, der den ostpreußischen Dialekt verhältnismäßig gut beherrschte, gab den jungen Geistlichen, der jeden Menschen ungewöhnlich sympathisch findet, schlicht und natürlich; ihm wurde dafür durch Blumen und Applaus gedankt. Frl. Hartmann verwischte den guten Eindruck, den sie als Heimchen machte, durch einen in letzter Zeit häufig bemerkten Mangel an künstlerischem Ernst. Frl. Campmann spielte die Trude in angemessener Weise. Den alten, stachligen Gutsbesitzer Vogelreuter zeichnete Herrn Braatz in treffenden Strichen. Aus der Rolle des Georg v. Hartwig läßt sich noch mehr machen, als es von Herrn Widmann geschah. Die übrigen Mitwirkenden waren nach Kräften bemüht, die Vorstellung zu einer annehmbaren zu gestalten. Der Besuch des Theaters ließ manches zu wünschen übrig. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 2. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25, Mk., Meierei-Butter Pfd. —1,35 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3—3,50 Mk., Hühner 1,60—2,00 Mk., Küken Stck. 1—1,40 Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. —78 Pf., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,25—1,30 Mk., Eier 8 Stck. 60 Pfg., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1.00—2,00 Mk. Schleie Pfd. —1,40, Brachsen Pfd. — Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 80—100 Pfg. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,15—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. 25—30 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 2. Septbr.

Weizen, 115—128 Pfd. holl. 175—195 Mk. **Roggen** 115—124 Pfd. holl. 150—170 Mk. **Gerste,** nach Qualität 155—165 Mk. **Hafer,** nach Qualität neuer 150—165 Mk., alter 170—180 Mk. per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 2. September.

1. Klasse 236 Drittel zu 119,19 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 22 „ „ 109,54 Mk. „ „

Sternschanz-Viehmarkt

2. September.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 707 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 61—62 Mk., leichte 62—62½ Mk., Sauen 55—69 Mk., Ferkel 58—61 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.